



mobiles
beratungsteam
für demokratische
kultur
mecklenburg-vorpommern

**rechtsextremismus
in mecklenburg-
vorpommern**

**lagebilder
für die landkreise und
kreisfreien städte**

juli 2005

inhalt

	seite
vorbemerkung	2
landkreis bad doberan	3
hansestadt rostock	
landkreis demmin	5
landkreis güstrow	6
landkreis ludwigslust	7
landkreis mecklenburg-strelitz	11
stadt Neubrandenburg	
landkreis müritz	16
landkreis nordvorpommern	17
landkreis nordwestmecklenburg	25
hansestadt wismar	
landkreis ostvorpommern	29
hansestadt greifswald	
landkreis parchim	41
landeshauptstadt schwerin	
landkreis rügen	42
hansestadt stralsund	
landkreis uecker-randow	45

vorbemerkung

Das *mobile beratungsteam für demokratische kultur (mbt)* berät in Mecklenburg-Vorpommern seit vier Jahren zu den Themen Demokratieentwicklung und Rechtsextremismus. In dieser Zeit haben sich die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Akteure in der Auseinandersetzung mit populistischen Ideologien grundlegend geändert. Durch einen erfolgreichen Aus- und Umbau rechtsextremer Strukturen und die wachsende Akzeptanz rechtsextremer Positionen in der Bevölkerung hat sich das Gefahrenpotential erhöht. Mit unseren Kenntnissen und Erfahrungen wollen wir dazu beitragen, dem erstarkenden Rechtsextremismus in unserem Land effektiv zu begegnen.

In dem vorliegenden Bericht *rechtsextremismus in mecklenburg-vorpommern – lagebilder für die landkreise und kreisfreien städte* beschreiben wir die Situation in Mecklenburg-Vorpommern in Bezug auf organisierten und nicht organisierten Rechtsextremismus. Die organisierte Szene umfasst NPD, Kameradschaften, Vereine und sog. Freie Nationalisten. Hier hat sich in den letzten Jahren ein Netzwerk gebildet, das nun auch immer stärker versucht auf die bisher unorganisierte Szene im jugendkulturellen Bereich einzuwirken. Das von uns dargestellte Bild bietet vielfältige Impressionen aus unserem Bundesland, erhebt dabei aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es handelt sich um Beobachtungen, die mit den Methoden der qualitativen Sozialforschung in unserem Beratungsalltag erhoben wurden und um Recherche in Medien sowie wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Landesweit bemühen sich NPD, Kameradschaften und verwandte Gruppierungen darum, größere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Nach dem Vorbild des 'Wolfes im Schafspelz' wird durch scheinbar vorrangig sozialpolitisch motiviertes Engagement in Bürgerinitiativen, Interessensgruppen etc. versucht, regionale oder überregionale Konfliktsituationen für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren. Durch das Eintreten gegen Schulschließungen, gegen die Zusammenlegung von Postfilialen oder die Ansiedlung eines Wohnheims für Asylbewerber profilieren sich Rechtsextremisten als Anwälte des sprichwörtlichen ‚kleinen Mannes‘. Die Erfolge dieser Strategie sind bereits deutlich sichtbar und motivieren die rechtsextremen Gruppen, ihre entsprechenden Aktivitäten weiter auszubauen. Durch den erfolgreichen Aus- und Umbau rechtsextremer Strukturen und eine wachsende Akzeptanz rechtsextremer Positionen in der Bevölkerung hat sich das Gefahrenpotential des Rechtsextremismus in unserem Bundesland in den letzten Jahren vergrößert. Bei der Kommunalwahl 2004 konnte die NPD erste parlamentarische Erfolge feiern, sie verkündet nun auch in sieben Stadtparlamenten und Kreistagen ihre Parolen und Positionen. In Mecklenburg-Vorpommern ist in den letzten Jahren eine verhängnisvolle Dynamik entstanden, die sogar den Einzug der NPD in den Landtag möglich erscheinen lässt.

In einem Diskussionspapier *handlungsrahmen für demokratische kultur mecklenburg-vorpommern* haben wir ein Bündel möglicher Maßnahmen für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus aufgezeigt. Dieses Papier ist unter www.mbt-mv oder in unseren Regionalbüros zu erhalten.

I parteigebundener rechtsextremismus

Um die Handlungsfähigkeit der NPD im Norden Mecklenburg-Vorpommerns zu erhöhen, wurden die bis dato weitgehend untätigen Kreisverbände Bad Doberan, Güstrow und Rostock zusammengeschlossen. Der **NPD Kreisverband Bad Doberan/Güstrow/Rostock** gehört seit dem zu den aktivsten und einflußreichsten NPD-Kreisverbänden in Mecklenburg-Vorpommern.

Auffallend ist die enge, zielgerichtete Zusammenarbeit mit Gruppen aus dem Spektrum der freien Nationalisten bzw. Kameradschaften. Die in den letzten Jahren häufig vorherrschenden Rivalitäten zwischen NPD und freien Gruppen waren hier kaum zu beobachten. Der Kreisverband ist sehr bemüht, die Vernetzung mit relevanten Gruppen im Land und im Bund auszubauen und langfristige Kooperationsbezüge zu schaffen. Die Meinungsführer des Kreisverbandes (*Roland Horn* und *Lutz Dessau*) sind gleichzeitig wichtige Personen in der NPD-Landesstruktur und im gesamten Spektrum des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Sie entsprechen nicht dem Klischee des dummen und sozial desintegrierten Skinheads, sondern verfügen über gute Bildung, rhetorische Fähigkeiten sowie Motivations- und Integrationsvermögen. (Seit 24.09.2004 Kreisvorsitzender: *Roland Horn*, Stellvertreter: *Thorsten Reinhardt*, vorheriger Vorsitzender: *Lutz Dessau*; *Roland Horn* und *Lutz Dessau* sind auch im Vorstand des Landesverbandes der NPD vertreten; Landesvorsitzender: *Stefan Köster*).

Entsprechend des zu konstatierenden Strategiewechsels der gesamten rechtsextremen Bewegung im Osten Deutschlands, vermeidet auch dieser Kreisverband die Verletzung von strafrechtlich relevanten Normen und bemüht sich dagegen um eine kontinuierliche Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit gegenüber der Bevölkerung. Dabei werden aktuelle politische Debatten, wie z.B. die Auseinandersetzungen um ALG II oder den Beitritt der Türkei zur EU, aufgegriffen und instrumentalisiert. Die Website ist auf gutem Niveau und wird nahezu täglich durch Texte, Fotos, Terminangaben etc. aktualisiert. Wiederkehrenden Gerüchten zufolge, verfügen die prominenten Rechtsextremisten aus dem Raum Bad Doberan/Rostock über gute Kontakte zur US-amerikanischen Neonazi-Gruppierung *NSDAP-AO*.

Bei der Europawahl 2004 konnte die NPD die gewonnenen Stimmen im Vergleich zur Europawahl im Jahr 1999 jeweils etwa verdoppeln (1999: Bad Doberan 245, Rostock 348 Stimmen; 2004: Bad Doberan 524, Rostock 619 Stimmen).

II nichtparteigebundener, organisierter rechtsextremismus

Die **Kameradschaftsverbände** im Landkreis Bad Doberan erschienen seit den Auseinandersetzungen um die Umsiedlung eines Asylbewerberheimes im Jahr 2002 vergleichsweise inaktiv oder sogar in Auflösung begriffen. Diese Gruppen orientieren sich seit 2004 aber nun an erfolgreichen Vorbildern beispielsweise aus Ostvorpommern, Stralsund oder dem Uecker-Randow-Kreis und kopieren deren Strategien. Zusätzlich konnten die Kameradschaften ebenso wie die NPD auch von den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern und den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg profitieren.

Im November 2004 wurde unter Beteiligung der *Kameradschaften Bad Doberan* und *Stralsund*, der *Aktionsgruppe Rostock* und der *IG Taten statt Worte* aus Wolgast ein Zusammenschluß „zur Unterstützung von politischen und sozialen Bestrebungen besonders auf kommunaler Ebene, die sich in Gestalt von Bürgerinitiativen oder artverwandten politischen Zusammenschlüssen äußern“ gegründet. Unter dem Namen **Bürgerinteressengemeinschaft-Hanse Mecklenburg-Vorpommern** soll diese Gruppe auch die Zusammenarbeit mit der NPD koordinieren.



Relevante Kameradschaften u. ä. Gruppen im Landkreis Bad Doberan:

BI-Hanse MV - Bürgerinteressengemeinschaft - Hanse Mecklenburg-Vorpommern

Im November 2004 gegründeter überregionaler Zusammenschluß des nichtparteilichen rechtsextremen Spektrums in Mecklenburg-Vorpommern, unter anderem unter Mitwirkung der *Aktionsgruppe Rostock* und der *Kameradschaft Bad Doberan*

MAF - Mecklenburgische Aktionsfront

Seit 2002 aktiv, Mitgliederzahl unklar, wichtigster Kooperationspartner der Kreis-NPD

AGR - Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock (Lars Jacobs, Birger Lüssow) Seit

2002 aktiv, Mitgliederzahl unklar, enger Kooperationspartner bzw. eine Unterstruktur des *Bündnis Rechts* von *Christian Worch*

NSAM - Nationales und soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland,

Aktiv, Mitgliederzahl unklar, Netzwerk der Kameradschaften aus M-V, Niedersachsen, HH, HB, SH. Führende Rolle: *Christian Worch*. Publikation: *Sprachrohr*

Freier Kameradschaftsbund Bad Doberan

Aktiv, Mitgliederzahl unklar

Kameradschaftsbund Mecklenburg

Situation unklar

Notwehr

Situation unklar

UFM – Unabhängiger Freundeskreis Mecklenburg

Situation unklar

Hatecrew 88

Situation unklar

Im Landkreis Bad Doberan ist eine **subkulturelle Jugendszene** zu beobachten, die sich in Kleidung und Verhaltensmustern an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Entsprechende Cliques sind in den Städten Bad Doberan und Schwaan aber vor allem auch in den kleineren Orten und Dörfern seit Jahren ein konstanter Teil der Jugendkultur. Die Übernahme, Reflexion und Akzeptanz rechtsextremer Ideologieelemente durch diese Jugendlichen ist uneinheitlich, das vorhandene Potential kann jedoch durch rechtsextreme Organisationen für ihre Ziele instrumentalisiert werden.

I parteigebundener rechtsextremismus

Im Landkreis Demmin sind keine nennenswerten Aktivitäten der NPD zu verzeichnen. Bei der Europawahl 2004 gaben dieser Partei dennoch 446 Wählerinnen und Wähler (1,4%) ihre Stimme. Im Vergleich zur Europawahl 1999 haben sich damit die für die NPD abgegebenen Stimmen mehr als verdoppelt (1999: 200 Stimmen, 0,5%).

II nichtparteilgebundener, organisierter rechtsextremismus

Im Landkreis treten bislang nur wenige eigenständige Strukturen im Bereich des nichtparteilgebundenen, organisierten Rechtsextremismus in Erscheinung. Die einzig (polizei-) bekannte **Kameradschaft** existiert in **Altentreptow**, daneben befindet sich eine Ortsgruppe **Nationaler Widerstand Landkreis Demmin** im Aufbau, deren Internetpräsenz regelmäßig aktualisiert wird. Im Verhältnis zu der geringen Zahl organisierter rechtsextremer Strukturen im Landkreis sind überraschend viele Aktivitäten mit rechtsextremem Bezug zu beobachten. So werden auf den Dörfern beispielsweise regelmäßig Plakate der NPD zu Themen wie Harz IV oder Zuwanderung geklebt. Der Strategiewechsel der rechtsextremen Szene lässt sich auch im Landkreis Demmin beobachten. Bis zum Jahr 2002 kam es häufig zu Übergriffen mit rechtsextremem Hintergrund. Seit dem ist ein deutlicher Rückgang derartiger Delikte festzustellen. Die Szene versucht sich vom Image der tumben Schläger zu lösen und sich statt dessen als ernsthafte politische Opposition zu etablieren, die „Nationale Interessen“ vertritt. Die rechtsextremen Akteure bringen sich gezielt in den politischen Alltag ein und widmen sich bevorzugt den sozialen Problemen des sprichwörtlichen ‚kleinen Mannes‘. Die schwierige ökonomische Lage des Landkreises bietet den Rechtsextremisten viele Anknüpfungspunkte für ihre Demagogie.



Internetpräsenz der Ortsgruppe *Nationaler Widerstand Landkreis Demmin*

Im Landkreis ist eine dominante **Jugendzene** festzustellen, die sich in Kleidung und Verhaltensmustern an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Es existiert eine Reihe von Gruppen, die sich selbst als Kameradschaften bezeichnen, aber kaum zur organisierten Szene gehören. Rechtsextreme Musik ist unter den Jugendlichen sehr weit verbreitet, alle gängigen rechtsextremen Bands sind bekannt.

organisierter rechtsextremismus

Die rechtsextremen Bezüge im Landkreis Güstrow orientieren sich stark an den Strukturen aus dem Raum Bad Doberan/Rostock.

Seit dem Zusammenschluß mit den Kreisverbänden Bad Doberan und Rostock gehört der **NPD Kreisverband Bad Doberan/Güstrow/Rostock** zu den aktivsten und einflußreichsten NPD-Kreisverbänden in Mecklenburg-Vorpommern. Auffallend ist die enge, zielgerichtete Zusammenarbeit mit Gruppen aus dem Spektrum der freien Nationalisten bzw. Kameradschaften. Die in den letzten Jahren häufig vorherrschenden Rivalitäten zwischen NPD und freien Gruppen waren hier kaum zu beobachten. Der Kreisverband ist sehr bemüht, die Vernetzung mit relevanten Gruppen im Land und im Bund auszubauen und langfristige Kooperationsbezüge zu schaffen. Die Meinungsführer des Kreisverbandes (*Roland Horn* und *Lutz Dessau*) sind gleichzeitig wichtige Personen in der NPD-Landesstruktur und im gesamten Spektrum des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Entsprechend des zu konstatierenden Strategiewechsels der gesamten rechtsextremen Bewegung im Osten Deutschlands, vermeidet auch dieser Kreisverband die Verletzung von strafrechtlich relevanten Normen und bemüht sich dagegen um eine kontinuierliche Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit gegenüber der Bevölkerung. Dabei werden aktuelle politische Debatten, wie z.B. die Auseinandersetzungen um ALG II oder den Beitritt der Türkei zur EU, aufgegriffen und instrumentalisiert.

Im Vergleich zur Europawahl 1999 konnte die NPD bei der Europawahl im Jahr 2004 die gewonnenen Stimmen von 226 (0,5%) auf 461 (1,3%) mehr als verdoppeln.



Am 26. Februar 2005 führte die NPD unterstützt durch freie Kameradschaften in Bützow eine Demonstration unter dem Titel ‚Mehr Schutz für Kinder‘ durch.

Im Landkreis Güstrow ist eine **subkulturelle Jugendszene** zu beobachten, die sich in Kleidung und Verhaltensmustern an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Insbesondere in Teterow und Bützow existieren entsprechende Jugendgruppen mit relativ gefestigter Struktur, die mehrfach durch Übergriffe auf andere Jugendliche auffielen. Die Übernahme, Reflexion und Akzeptanz rechtsextremer Ideologeelemente durch die Jugendlichen ist uneinheitlich, das vorhandene Potential kann jedoch durch rechtsextreme Organisationen für ihre Ziele instrumentalisiert werden.

organisierter rechtsextremismus

Im Landkreis Ludwigslust existiert ein gut organisiertes **Netzwerk von NPD, Kameradschaften und Freien Nationalisten**. Dieses verfügt über eine professionelle personelle, ökonomische und informelle Infrastruktur. Gemeinsam wurde 2004 der Wahlkampf für die Europa- und Kommunalwahlen organisiert. Mit zwei Sitzen ist die NPD im Kreistag vertreten. Bei der Kommunalwahl 2004 gaben in Ludwigslust 5367 Wählerinnen und Wähler (3,4%) der NPD ihre Stimme, 1999 waren es 2572 (1,6%). Im Vergleich zwischen den Europawahlen 1999 und 2004 haben sich die für die NPD abgegebenen Stimmen beinahe vervierfacht (1999: 440 Stimmen, 2004: 1611 Stimmen).

Die Wahlkämpfe und die Ergebnisse für die Europa- und Kommunalwahlen 2004 zeigen, dass die 'Volksfrontstrategie' von Freien Nationalisten und NPD-Landesverband Früchte trägt. Dabei nehmen die Aktivitäten der Szene im Landkreis Ludwigslust eine herausgehobene Stellung ein. Im Raum Ludwigslust-Hagenow-Lübtheen-Boizenburg arbeitet ein personell eng verwobenes Netzwerk, das sich in den letzten fünf Jahren eine materiell gesicherte Operationsbasis geschaffen hat. Von hier aus werden unterschiedlichste Aktionen und Kampagnen im norddeutschen Raum konzipiert und organisiert. Durch die Unterstützung kleinerer mittelständischer Betriebe und den Erwerb diverser Immobilien hat sich die Szene eine gewisse Unabhängigkeit geschaffen, um ihre Strategien umzusetzen. Abseits einer medialen Aufmerksamkeit und fast unbehelligt von staatlicher Repression und zivilgesellschaftlichen Gegenkräften entfalten sich hier Aktivitäten, die längst nicht nur auf Kinder und Jugendliche zielen.

In Dörfern, wie z.B. **Amholz, Langenheide und Bakendorf** haben sich Neonazis etabliert,

die oft in kommuneähnlichen Lebensformen ihre Ideologie leben und in die Region tragen. Es fallen die engen, teilweise sogar familiären Verbindungen zwischen NPD und den im Landkreis und Hamburg wohnenden *Freien Nationalisten* wie **Thomas „Steiner“ Wulff**, *Michael Grewe* (Amholz), *Familie Bärthel* (Ludwigslust) und *Christian Worch* (Hamburg) auf.

Wulff scheint seit seinem Eintritt in die NPD kurz vor der sächsischen Landtagswahl und seinem Aufstieg zum persönlichen Referenten des Bundesvorsitzenden *Udo Voigt*, einen zunehmenden Einfluss auf die NPD in Westmecklenburg zu nehmen. Als Veranstalter und Redner auf Demonstrationen, wie jüngst am 01. Mai 2005 in Neubrandenburg und am 14. Mai 2005 in Schwerin, tritt er wieder verstärkt in Erscheinung.



Thomas Wulff (am VW-Bus)
auf der NPD-Demo am 14.5.05 in Schwerin

Nach dem Tod des NPD-Anwalts und Landesvorsitzenden *Dr. Eisenecker* hat *Stefan Köster* den Landesverband übernommen. Mit dem mehrfach verurteilten *Klaus Bärthel*, ehem. Herausgeber des *Zentralorgans*, und *Köster* sind zwei ausgewiesene Rechtsextremisten in den Ludwigslust Kreistag eingezogen. Dieses Selbstbewusstsein wurde durch die Erfolge bei den Kommunal- und Europawahlen gestärkt. Im Kreistag von Ludwigslust kommt den NPD-Vertretern die Funktion des Züngleins-an-der-Waage zu. Ihre beiden Stimmen können dem bürgerlich-konservativen Lager zu Mehrheiten verhelfen. Auch wenn *Bärthel* und *Köster* im parlamentarischen Alltag eher unauffällig agieren, nutzen sie doch die ihnen zustehenden Möglichkeiten, z.B. durch Anfragen, um fremdenfeindliche und antidemokratische Propaganda in den Kreistag und damit in die Öffentlichkeit zu tragen.

Nicht nur die flächendeckende Wahlkampfpropaganda, sondern auch Demonstrationen, Konzerte oder die 'Mitwirkung' bei Veranstaltungen demokratischer Parteien waren offensichtlich gemeinsam geplant und abgestimmt. So versuchte z.B. *Köster* eine Veranstaltung der SPD zum Irakkrieg im Januar 2003 bzw. eine CDU-Wahlveranstaltung mit dem bayrischen Innenminister *Beckstein* im Februar 2004 für sich zu instrumentalisieren. Zunehmend nutzt die Szene solche öffentlichen Auftritte, um durch eine „**Strategie der Wortergreifung**“ nationalistische Propaganda und antisemitisches Gedankengut rhetorisch ausgefeilt vorzutragen. Im Stile der K-Gruppen werden dabei Argumentationsketten aufgebaut, die darauf zielen, demokratische Kräfte zu verunsichern und Selbstbewusstsein nach innen und außen zu demonstrieren. Mit großer Sorge ist die zunehmende Infiltration von Bürgerinitiativen und anderen Strukturen zu sehen, die das gesellschaftliche Leben prägen. So werden NPD-Funktionäre fast



wie selbstverständlich zu Podiumsdiskussionen und Stammtischen zugelassen oder als Mitstreiter in Bürgerinitiativen akzeptiert, wie das zum Beispiel bei der *BI gegen den Kohleabbau* im Jessenitzer Forst zu registrieren ist.

In Dömitz, Ludwigslust und Boizenburg treffen sich meist männliche junge Erwachsene zu Schulungen und „erlebnispädagogisch“ ausgerichteten Aktivitäten. Diese Kader bilden einen dominierenden Teil der Jugendszene und strahlen bis in die Gymnasien hinein.

Der selbst postulierte „**Kampf um die Köpfe**“ macht nicht vor den Schulen halt. Auch wenn es in der Region keine Schülerzeitungen gibt und Propagandaaktionen vor Schulen nur sporadisch festgestellt wurden, fällt auf, dass rechtsextremistisch-orientierte Schüler und auch Schülerinnen gezielt den Unterricht und außerschulische Veranstaltungen als Agitationsplattform nutzen.

2003 wurden die Räume der „Gemeinde Gottes“ in Neustadt Glewe durch einen Brandanschlag zerstört

Parallel dazu gibt es diverse **lokal agierende Gruppen gewaltbereiter rechtsextremorientierter Jugendlicher und Erwachsener**, die z.T. erheblich das öffentliche Leben beherrschen und stören. Ihre Aktionen haben eher spontanen Charakter und richten sich zum einen gegen anders denkende und lebende Jugendliche, Ausländer und -siedler. Andererseits provozieren sie v.a. in den Sommermonaten in Städten und Dörfern der Region auf öffentlichen Veranstaltungen gewalttätige Auseinandersetzungen. Die Schlägereien auf dem Burgfest und der Abbruch des Schulfestes des Gymnasiums in Neustadt Glewe sind Beispiele dafür. Dazu kommen immer wieder Angriffe und Überfälle auf AsylbewerberInnen oder Personen, die als AntifaschistInnen hervortreten, bzw. Menschen, die als „undeutsch“ gelten. Auch wenn sich die NPD immer wieder von der gewaltbereiten Szene distanziert, gibt es genügend Hinweise auf gemeinsame Kontakte, Treffen und Schulungen. Knotenpunkte dieser Netzwerke sind zum einem Szeneläden, wie das Tattoostudio *Wallhalla*, Ludwigslust oder Klamottenstores in Boizenburg. Zum anderen sind es 'kulturelle Aktivitäten' von Bands in Neustadt Glewe und Dömitz oder Konzerte und Partys, wie z.B. im Februar 2004 in Boizenburg. Berührungspunkte gibt es aber auch auf gemeinsamen Demonstrationen und Freizeitaktivitäten, wie Wochenendlagern und Sportfesten.

Lübecker Nachrichten, 17.06.2005

Prävention hat viele Gesichter

Vereine, Schulen und Verbände stellten Projekte vor

von Simone Herbst

Ludwigslust • Gestern ging der Landespräventionstag in seine letzte Runde. Während drei Foren Prävention und Projekte mehr theoretisch darstellten, widmeten sich die Macher an der Stadthalle ganz der Praxis.

Die Messe, zu der Schulklassen aus dem gesamten Landkreis, einige Jugendgruppen aber auch viele Privatpersonen gekommen waren, machte deutlich, wie vielschichtig Prävention ist. Zahlreiche Vereine und Verbände, die Polizei, die Bahn, der Bundesgrenzschutz und noch weit mehr Träger waren in und an der Stadthalle vertreten.

Neben Jugendhilfe, Suchthilfen, Schulsozialarbeit, AWO oder dem Weissen Ring weckte auch das **Mobile Beratungsteam für demokratische Kultur MV (mbt)** die Aufmerksamkeit vieler Besucher. Wegen der provokanten Baseballschläger-Plakate vielleicht zuallererst. Wegen seiner inhaltlichen Ausrichtung jedoch letztendlich. Das Team – in diesem Fall das Schweriner – berät, betreut und bietet inhaltliche Begleitung an, wenn es um Gewaltprävention, Zivilcourage und Rechtsextremismus geht. Bei letzterem sei der Landkreis Ludwigslust, insbesondere das Städtedreieck Ludwigslust – Grabow – Neustadt-Glewe, seit Jahren Schwerpunkt, sagt mbt-Mitarbeiterin Cornelia Neumann.

Insbesondere viele ältere Bürger nutzten das Angebot der Bereitschaftspolizei und ließen ihre Fahrräder codieren, während die jüngeren Generationen vor allem die sportlichen Aktionen oder solche, die Geschick verlangten, probierten. Insgesamt fand das große Angebot großes Interesse.

I parteigebundener rechtsextremismus

Die **NPD** hat für den Landkreis Mecklenburg-Strelitz und Neubrandenburg ein eigenes Parteibüro, das von *Thomas Bröker* geführt und unter anderem auch durch *Thomas Wulff* unterstützt wird. Der Einfluß *Wulffs* innerhalb der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist nach seinem Parteieintritt und Aufstieg zum persönlichen Referenten des Bundesvorsitzenden *Udo Voigt* erheblich angewachsen. Bei der Europawahl 2004 konnte die NPD ihr Ergebnis im Vergleich zur Europawahl im Jahr 1999 in Neubrandenburg von 0,4 % auf 1,2% verdreifachen und auch ihren Erfolg im Landkreis von 0,9% auf 1,4% deutlich steigern (1999: Landkreis 340 Stimmen, Neubrandenburg 97 Stimmen; 2004: Landkreis 427 Stimmen, Neubrandenburg 266 Stimmen).



2004 fanden in Neubrandenburg unter Teilnahme von bis zu 50 Anhängern der Kameradschaftsszene mehrere Demonstrationen der NPD zum Thema ‚Harz IV‘ statt.

II nichtparteigebundener, organisierter rechtsextremismus

Im Raum Mecklenburg-Strelitz tritt seit Ende 2002 die **Mecklenburgische Aktionsfront (MAF)** auf, ein regionales Bündnis rechtsextremer Gruppen und Einzelpersonen ohne formale Mitgliedschaft. Von diesem Konzept erhoffen sich die Beteiligten eine schlagkräftige und schwer einzuschätzende Aktionsgemeinschaft. Der Wirkungskreis der *Mecklenburgischen Aktionsfront* konzentriert sich auf Neustrelitz und Umgebung. Im Internet ist die *MAF* mit einer eigenen Seite vertreten. Sie tritt nicht nur mit eigenen Transparenten bei Demonstrationen in Mecklenburg-Vorpommern auf, sondern fungiert auch oft als Anmelder, letztmalig beispielsweise für die Demonstration am 1. Mai 2005 in Neubrandenburg. In den letzten Monaten ist eine verstärkte Vernetzung der *Mecklenburgischen Aktionsfront* mit dem **Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern (SNBP)** (vormals *Pommersche Aktionsfront, PAF*) zu beobachten. Demonstrationsaufrufe werden von beiden Bündnissen unterzeichnet. In den letzten Monaten kam es immer wieder zu breit angelegten Verteilaktionen von Flugblättern und Aufklebern. Unterzeichner waren die *MAF*, *Schutzbund Deutschland*, *Bürger-Interessengemeinschaft Hanse MV*, *NPD*, *Nationales Soziales Aktionbündnis Mitteldeutschland* u.a.

Die Propagandatätigkeit der *MAF* reicht über die Landkreisgrenzen hinaus bis nach Bützow, Gnoien, Altentreptow, Malchow, Schwerin und Waren. Flugblätter werden in den Briefkästen verteilt, Aufkleber und Plakate sind im öffentlichen Raum im ganzen Landkreis sichtbar. Ein Schwerpunkt ist die Verbreitung geschichtsrevisionistischer Propaganda. Antisemitische Schmierereien und Propaganda gegen die Anne-Frank-Ausstellung in Neustrelitz waren beispielsweise Aktionen der *MAF* im Jahre 2003. Im Oktober 2003 versammelten sich 50 Rechtsextremisten mit Fackeln und Fahnen auf dem Burg Stargarder Denkmalsberg, um des Wehrmachtsgenerals *Otto Ernst Remer* zu gedenken. Im Jahr 2004 wurde auf einem gepachteten Acker in Carpin durch die *MAF* ein symbolischer Friedhof mit Holzkreuzen für Gefallene der Waffen-SS errichtet, der anschließend von der Polizei entfernt wurde. Zum 8. Mai 2005 diffamierte die *MAF* in Neubrandenburg, Burg Stargard, Neustrelitz und bis hinein nach Brandenburg durch Flugblätter den Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland als "Befreiungslüge".



Neubrandenburg Mai 2005

→ IG „Volk in Not“

→ Der Weiße Wolf

↓
Unabhängiger
Freundeskreis

↓
Stargarder
Freundeskreis

↘
Jungsturm
Stargard

Zum Umfeld der *MAF* ist der **Stargarder Freundeskreis** aus Burg Stargard zu rechnen. Schon in den Jahren 1999 und 2000 wurde in einem Jugendclub in Burg Stargard massiv rechtsextreme Propaganda verbreitet. Hinzu kamen Aktionen zum Todestag von Rudolf Hess. Seit 2003 tritt in Burg Stargard eine Gruppe unter dem Namen **Jungsturm Stargard** auf. Als Treffpunkte gelten ein Garagenkomplex, Privatgärten und nicht zuletzt der öffentliche Raum. So kommt es immer wieder abseits von öffentlichen Veranstaltungen zu Treffen und Feiern von rechten Jugendlichen und Erwachsenen. Die Situation in Burg Stargard zeigt deutlich die veränderte Strategie der rechtsextremen Szene: das Engagement für soziale und kommunale Probleme der Region wird zur Eintrittspforte in die Mitte der Gesellschaft. Über die Liste der Wählergemeinschaft *Bürger für Burg Stargard* wurde *Norman Runge* in das Parlament der Kleinstadt gewählt. „*Der junge Mann, der sich schon lange um Kriegsgräber und Nachwuchssport kümmert, wird vom Staatsschutz regelmäßig bei Aufmärschen rechter Kameradschaften beobachtet, so auch am 1. Mai in Neubrandenburg*“ (Nordkurier 26./27.06.05).

Eine weitere Gruppierung im Umfeld der *MAF* ist der **Unabhängige Freundeskreis (UFK)**, der sich vor allem mit der Organisation von Wanderungen, Sonnenwendfeiern und Zeltlagern beschäftigt, bei denen bereits unter Kindern und Jugendlichen für rechtsextreme Positionen geworben wird.

In denselben regionalen Zusammenhang gehört **Der Weiße Wolf**. Seinen Ursprung hatte das rechtsextreme Fanzine vor neun Jahren in einer Brandenburger Justizvollzugsanstalt, mittlerweile ist die 20. Ausgabe über ein Neustrelitzer Postfach zu erwerben. Seit 1999 ist *Der Weiße Wolf* auch mit einem separaten Internet-Auftritt online. Mit über 400 Verweisen zu rechtsextremen Internetseiten ist dies eines der größten Linkverzeichnisse der rechtsextremen Szene in Deutschland. Viele der Links sind von strafrechtlicher Relevanz: Auschwitzleugnung, Bombenbauanleitungen, verbotene Lieder, Hasslisten etc. Neuerdings werden über diese Seite auch Merchandising-Artikel vertrieben, was auf eine erweiterte Strategie zur ökonomischen Absicherung der Betreiber hinweist.

In Neustrelitz machte die rechtsextreme Szene in den vergangenen Monaten durch verschiedene Aktionen auf sich aufmerksam. So gab es Störversuche bei einer Gedenkveranstaltung zur Pogromnacht im November 2004, eine angemeldete Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Freitod von Einwohnern beim Einmarsch der Roten Armee im April 2005 sowie Angriffe auf das PDS-Büro im Mai 2005.

Im Raum Neubrandenburg versucht seit einiger Zeit die **Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)** Fuß zu fassen. Für Empörung und eine Programmbeschwerde bei der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern sorgte 2005 eine Sendung im Bürgerradio *NB 88,0* Neubrandenburg. Unter dem Titel „Apokalypse Dresden“ wurde hier offen für eine Demonstration von NPD und *JLO* in Dresden anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung der Stadt geworben. Unter anderem traten in der Sendung Organisatoren des so genannten „Trauermarsches“ auf. Die *JLO* verfügt über enge Verbindungen zu anderen rechtsextremen Gruppen. Die *Landsmannschaft Ostpreußen* hat ihr deshalb im Jahr 2000 den Status als verbandseigene Jugendorganisation entzogen.

Die starke öffentliche Präsenz rechtsextremer Strukturen im Landkreis Mecklenburg-Strelitz und in der Stadt Neubrandenburg stößt auf wachsende Akzeptanz und Zustimmung in der Bevölkerung. Die Jugendszene im Landkreis ist stark an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Es handelt sich in diesem Landkreis nicht um eine Sub-, sondern zweifellos um die dominante Jugendkultur.

Nordkurier, Anklam, Ueckermünde, 02.06.2005

Salchower Neonazi wegen Nötigung und Körperverletzung verwarnt

salchow/ueckermünde (as). Ein Mann aus Salchow ist am Dienstag wegen Nötigung und Körperverletzung vom Ueckermünder Amtsgericht verwarnt worden. Dabei ging es um einen Vorfall bei dem rechten Aufmarsch in Ueckermünde am 3. Juli 2004, teilte gestern Kay Bolick vom Verein „Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt (LOBBI)“ mit. Neben der Verwarnung wurden dem 1979 geborenen Mann die Zahlung eines Schmerzensgeldes, die Ableistung gemeinnütziger Arbeit und eine zweijährige Bewährungszeit auferlegt. Bei einem Verstoß gegen die Auflagen droht eine Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu je 25 Euro.

„Der Täter gehört zum Umfeld eines Veranstaltungs- und Wohnhauses der Neonazi-Szene im ostvorpommerschen Salchow“, erklärte Bolick. Das Amtsgericht sah es nach zwei Verhandlungstagen als erwiesen an, dass der Täter aus der Demonstration

heraus eine Fotografin verletzt hatte. Die Betroffene ist **Mitarbeiterin des Beratungsteams für demokratische Kultur** und dokumentierte im Rahmen einer Rechtsextremismus-Studie für die Stadt Ueckermünde die Transparente und T-Shirts des Aufmarsches. Der Täter ist auf die am Straßenrand stehende Frau zugegangen, hat zunächst das Objektiv zugehalten und dann mit der Hand gegen den Fotoapparat geschlagen. Dabei hat die Betroffene eine Platzwunde an der Stirn erlitten, die im Ueckermünder Krankenhaus geklebt werden musste und eine einwöchige Krankschreibung nach sich zog, stellte das Gericht fest. Die Staatsanwaltschaft hatte die Verhängung einer Geldstrafe gefordert, die Verteidigung „ein Anwalt aus Berlin“, aber auf Freispruch plädiert. Der Version des Angeklagten, nach der die Frau gegen seine Hand gelaufen sei, mit der er sein Gesicht verdecken wollte, schenkte das Gericht keinen Glauben.

Nordkurier-Anklam, 06.07.2004

Fotoapparat gegen den Kopf geschlagen - Ueckermünder Demonstrant verletzt Frau

Pasewalk/Ueckermünde (kb). Bei dem Aufmarsch von Neonnazis und Rechtsextremen in Ueckermünde (der Nordkurier berichtete) gab es am Samstag einen gewalttätigen Übergriff aus den Reihen der Demonstrant(inn)en. Das berichtete Kay Bolick von LOBBI, einer landesweiten Opferberatung.

Ein Demonstrationsteilnehmer schlug seinen Worten nach einer am Straßenrand stehenden Frau ihren Fotoapparat gegen den Kopf. Die 38-Jährige erlitt dabei eine Platzwunde an der Stirn, die im Ueckermünder Krankenhaus geklebt werden musste. Der Fotoapparat wurde bei dem Angriff beschädigt. Die Betroffene ist **Mitarbeiterin des Beratungsteams für demokratische Kultur** und dokumentierte den Aufmarsch im Rahmen einer Rechtsextremismus-Studie. Ueckermünde ist nach den Worten Bolicks ein

Schwerpunkt der rechten Szene in Mecklenburg-Vorpommern. In den vergangenen Jahren habe es mehrere gewalttätige Übergriffe gegeben. An der rechten Demonstration hätten auch Ueckermünder Bürger teilgenommen.

Nur wenige dagegen

„Nur wenige Menschen protestierten in der 11000 Einwohner zählenden Stadt gegen den Aufmarsch. Er richtete sich gegen den geplanten Umzug von Flüchtlingen in die Haffstadt. Seit Monaten verbreiten in Vorpommern Neonazi-Kameradschaften und NPD-Kreisverbände mit Sprümparolen, Flugblättern, Plakaten, Aufklebern und Unterschriftensammlungen ausländerfeindliche Propaganda“, hat Kay Bolick beobachtet. Unter dem Deckmantel von „Bürgerinitiativen“ versuchten die rechten Gruppierungen die Einrichtung von Asylunterkünften zu verhindern.

Nordkurier-Neubrandenburg, 01.06.2005

Fotos gegen den Hass

Burg Stargard (BG) „Hass vernichtet“ heißt eine Ausstellung von Fotografien, die in der Regionalen Schule noch bis Freitag gezeigt werden. Die Berlinerin Irmela Schramm engagiert sich seit Jahren gegen Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ ist ihr Credo. Vor 18 Jahren fing sie an, verachtende Schmierereien und Aufkleber gegen Ausländer, Juden und Behinderte zu beseitigen. Sie übermalte Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole. Von den jeweiligen Objekten entstanden bislang rund 7000 Fotos. Nur ein Bruchteil sind im Foyer der Schule zu sehen. Begleitet wird die Präsentation vom **mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur**. Gemeinsam mit den Lehrern der Schule stellen sie sich den Diskussionen in den einzelnen Klassen. Von Stadtvertreter Jan Scheel (PDS) kam der Vorschlag, mit den Schülern auch in Burg Stargard rechte Aufkleber zu beseitigen. Der Kulturausschuss schlug vor, einen Projekttag dafür zu nutzen. Er will das der Schulleitung vorschlagen.

I parteigebundener rechtsextremismus

Die NPD ist bereits seit mehreren Jahren kontinuierlich im Müritzkreis aktiv. Die Präsenz der NPD stützt sich dabei im Wesentlichen auf *Doris Zutt*. Sie ist Mitglied im NPD-Bundesvorstand und hat für diese Partei bereits mehrfach bei Wahlen kandidiert. Unter anderem trat sie 2001 zur Bürgermeisterwahl in Waren/Müritz an. Gemeinsam mit ihrem Mann *Alfred Zutt* nimmt sie regelmäßig an rechtsextremen Demonstrationen in Mecklenburg-Vorpommern teil, wobei beide wiederholt als Redner auftraten. Dieses Engagement hat sich für die NPD bei der Kommunalwahl 2004 ausgezahlt, *Sven Kuschnereit* wurde mit 2,6% der abgegebenen Stimmen für die NPD in den Kreistag gewählt. Die Weigerung der Müritzsparkasse, der NPD ein Konto zu eröffnen, sorgte im August 2004 für einige Aufregung.



Bei der Europawahl 2004 gaben im Müritzkreis 2,8% der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme der NPD. Im Vergleich zur Europawahl 1999 haben sich die für die NPD abgegebenen Stimmen mehr als verfünffacht (1999: 147 Stimmen, 2004: 737 Stimmen). Ein wichtiges Bindeglied der NPD zur nichtparteilichen Szene ist **Zutt's Patriotentreff** in Waren. Der durch *Doris Zutt* geführte rechtsextreme Szeneladen vertreibt einschlägige Literatur, Musik und Kleidung und ist überregionaler Treffpunkt und Informationsstelle für Rechtsextremisten.

II nichtparteilicher, organisierter rechtsextremismus

Jenseits der NPD existieren nur wenige gefestigte rechtsextreme Strukturen im Landkreis. Beispielhaft ist die **Kameradschaft Malchow** zu nennen, die bereits seit mehreren Jahren existiert. Die führende Person der Kameradschaft arbeitet derzeit außerhalb von Malchow, was die Aktivitäten eingeschränkt hat. Im Oktober 2004 wurde ein rechtsextremes **Konzert** in einer Malchower Gaststätte durch die Polizei aufgelöst. Acht der 150 Teilnehmer wurden vorläufig festgenommen. Die Polizei leitete mehrere Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung, Widerstandes, Körperverletzung, Sachbeschädigung an einem Dienstfahrzeug und wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs ein.

Es gibt im Landkreis regelmäßige Plakatierungsaktionen mit Aufklebern und Flugblättern von verschiedenen rechtsextremen Organisationen, zum Beispiel der *Mecklenburgischen Aktionsfront*, der *Bürgerinteressengemeinschaft Hanse-MV* oder dem *Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland*.

Die räumliche Nähe des Landkreis Müritz zum Bundesland Brandenburg manifestiert sich auch in den rechtsextremen Strukturen. Im Raum Wittstock existiert eine gut organisierte Szene, deren Einfluß bis in den Müritzkreis ausstrahlt.

I parteigebundener rechtsextremismus

In vergleichbarer Weise wie der westliche Teil des Landkreises Nordvorpommern an den Strukturen in Rostock bzw. dem Landkreis Bad Doberan orientiert ist, stehen die rechtsextremen Strukturen im östlichen Teil des Landkreises in engem Zusammenhang mit den Strukturen in Stralsund und dem Landkreis Ostvorpommern. Derzeit ist der Einfluß der rechtsextremen Organisationen aus dem Bereich Stralsund auf die Entwicklungen im Landkreis erheblich. Nach eigener Aussage bemühen sich die Akteure der NPD und der 'Freien Nationalisten' darum, den "weißen Fleck" Nordvorpommern durch den Aufbau selbständiger rechtsextremistischer Strukturen für ihre Ideologie dauerhaft zugänglich zu machen.

Dem **NPD-Kreisverband Stralsund/Nordvorpommern** ist es analog zu den Entwicklungen im Großraum Rostock gelungen, die bislang bestehenden, zum Teil stark eskalierten, Konflikte mit dem Spektrum der freien Nationalisten auszuräumen. Auch hier waren die Wahlerfolge der NPD offenbar der entscheidende Faktor. Zum einen bedingte dieser auf Seiten der NPD einen Zuwachs an Selbstbewußtsein und zum anderen wurde dadurch ihre Attraktivität als Kooperationspartner für die Kameradschaften erhöht. Seit September/Oktobre 2004 kam es zu einer Reihe gemeinsamer Auftritte und Aktionen in Stralsund. Dabei wurden die örtlichen Gruppen auch durch die **Pommersche Aktionsfront (PAF)**, inzwischen umbenannt in **Soziales und Nationales Bündnis Pommern (SNBP)**, und NPD-Vertreter aus Rostock und Ludwigslust unterstützt.

Im Vergleich zur Europawahl 1999 konnte die NPD bei der Europawahl im Jahr 2004 die gewonnenen Stimmen im Landkreis von 316 auf 644 mehr als verdoppeln.

Der **NPD-Kreisvorsitzende Dirk Arendt** ist seit der Kommunalwahl Mitglied der Stralsunder Bürgerschaft und nutzt sein Mandat durch populistische Anträge oder Redebeiträge intensiv für die Öffentlichkeitsarbeit seiner Partei.



Demonstration der NPD am
19. März 2005 in Grimmen



Dirk Arendt (NPD Stralsund) und Robert Ruprecht
(Freundeskreis AVANTI) während der NPD
Demonstration in Grimmen

II nichtparteigebundener, organisierter rechtsextremismus

Es treten bislang keine eigenständigen festen Strukturen im Bereich des organisierten Rechtsextremismus in diesem Landkreis in Erscheinung. Angeblich wurde von rechtsextremen Akteuren Mitte 2005 eine **Interessengemeinschaft Nordvorpommern** gegründet. Es bleibt abzuwarten, ob diese Gruppe tatsächlich existiert und dauerhaften Bestand haben wird. Öffentlichkeitswirksame Aktionen im Landkreis wurden fast ausschließlich durch Gruppen aus Stralsund durchgeführt. Insbesondere die **Kameradschaft Stralsund**, inzwischen umbenannt in **Freundeskreis AVANTI**, versuchte im Umfeld von Schulen, die Schülerinnen und Schüler mit ihrer Propaganda zu erreichen. Die von der Kameradschaft produzierte ‚Schülerzeitung‘ *Avanti* wurde mehrfach vor der Realschule in Stralsund-Andershof und der Grund- und Realschule Abtshagen (Nordvorpommern) sowie vor der Robert-Koch-Schule in Grimmen (Nordvorpommern), der Schule in Franzburg (Nordvorpommern) und dem Goethe-Gymnasium in Stralsund-Frankenvorstadt verteilt. Begleitend zu diesen Verteilaktionen führte die Kameradschaft, teilweise zusammen mit der NPD, Informationstische durch und sprach die Schülerinnen und Schüler über Megaphon direkt an. Dabei wurden strafrechtlich relevanten Äußerungen oder Symbole vermieden, so dass die Kundgebungen seitens der Polizei nicht verhindert werden konnten. Trotz verschiedener Gegenstrategien der betroffenen Schulen erreichten die Botschaften offensichtlich häufig ihre Adressaten, die Ausgaben des *Avanti* mit ihren revisionistischen, rassistischen und sexistischen Inhalten erfreuen sich in Teilen der Jugendszene Nordvorpommerns und Stralsunds großer Beliebtheit. Durch eine geschickte Auswahl und Gestaltung der Beiträge konnte bislang auch wegen des Inhalts der *Avanti*-Ausgaben strafrechtlich meist nicht gegen die Autoren vorgegangen werden. Der Herausgeber *Robert Ruprecht* wurde bislang erst einmal (März 2005) wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.



Arendt (NPD Stralsund) beim Verteilen der AVANTI in Grimmen

Im Landkreis ist eine relativ große Jugendszene zu beobachten, die sich in Kleidung und Verhaltensmustern an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Es existiert eine große Zahl von Gruppen, die deutlich diese Orientierung aufweisen. Die Gruppen umfassen in der Regel 10-30 Personen im Alter ab 11 Jahren. In der Kreisstadt Grimmen eskalierte die Situation in den vergangenen Monaten durch eine Reihe gewalttätiger Übergriffe entsprechender Jugendcliquen gegenüber anderen Jugendlichen. Die Übernahme, Reflexion und Akzeptanz rechtsextremer Ideologieelemente durch die Jugendlichen ist uneinheitlich, das vorhandene Potential kann jedoch durch rechtsextreme Organisationen für ihre Ziele instrumentalisiert werden. Rechtsextreme Stralsunder Gruppen bemühen sich derzeit darum, die Situation in Grimmen in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Ostsee Zeitung Grimmen und Umgebung U. O. Mittwoch, 01. Juni 2005

Beratungsteam warnt

Grimmen Etwa 30 Personen machen die „rechte Szene“ in Grimmen aus, schätzt Elisabeth Siebert vom mobilen Beratungsteam (mbt) für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern. Nicht alle seien gleich stark involviert. „Man kann die Struktur mit einer Zwiebel vergleichen. Den Kern machen vier bis fünf Personen aus, die Ältesten innerhalb der Gruppe.“ Sie seien zwischen 17 und 25 Jahre alt. „Bei denen lässt sich mit Pädagogik nichts mehr gewinnen. Da sind Polizei und Staatsschutz gefragt.“

Der nächsten „Zwiebel“-Schicht seien weitere fünf bis zehn Jugendliche zuzuordnen. „Sie sind noch nicht so gefestigt, aber relativ stark integriert.“ Sie gingen noch in Jugendclubs und seien pädagogisch „eventuell noch zu erreichen“. In der äußersten Schicht schließlich fänden sich die jüngsten ab 11 Jahre: „Um die müssen wir kämpfen. Sie sind erreichbar, aber nur unter der Bedingung, dass sie sich vom Kern lösen.“

Vor etwa einem Jahr habe Bürgermeister Benno Rüster das Beratungsteam gebeten zu bewerten, welche Rolle Rechtsextremismus in Grimmen spielt. „Wir haben eine Analyse erstellt, aber Herr Rüster wollte nicht, dass sie veröffentlicht wird“, sagt Elisabeth Siebert. Schon damals hätten die Mitarbeiter des mbt-Regionalbüros Rostock Handlungsbedarf gesehen. „Von unseren Vorschlägen wurde aber bis heute nichts umgesetzt.“ In der Folgezeit habe das mbt nicht mehr die Stadt Grimmen beraten, sondern einzelne Institutionen, die mit Jugendarbeit zu tun haben.

Die Idee aus dem Rathaus, rechtsgesinnten Jugendlichen einen eigenen Raum zur Verfügung zu stellen, lehnt die Politologin strikt ab. „Das wäre das Schlimmste, was man machen könnte. Dann hätte Grimmen innerhalb von zwei bis drei Jahren eine ideologisch fest geschlossene Gruppe.“ Diese Maßnahme sei nur sinnvoll, „wenn die Stadt in der Lage wäre, zehn gute Streetworker zu beschäftigen, aber das ist illusorisch“. Sie sieht darin lediglich den Versuch einer schnellen Lösung, die den Rechten fatalerweise den Rücken stärke.

„Im Moment steht die Situation in Grimmen auf der Kippe.“ Der Kern der „Zwiebel“ pflege Kontakt zu Gleichgesinnten in Stralsund. „Die Stralsunder suggerieren den Grimmenern: 'Zeigt mal, was ihr drauf habt.'“ Mit einem eigenen Raum könnten sich die Kreisstädter in der Hansestadt nicht nur Respekt verschaffen. Sie könnten die Stralsunder auch einladen, um sich von ihnen schulen zu lassen. „Und genau das wird passieren“, prognostiziert Elisabeth Siebert.

Möglicherweise würde Grimmen damit sogar zu einem Treffpunkt für Rechtsgesinnte aus umliegenden Kommunen, die ihnen ein eigenes Quartier verwehrt.

Bereits jetzt seien die Stralsunder „Szenegrößen“ regelmäßig in Grimmen. „Sie fahren vor dem Jugendclub vor, der Meinungsführer geht raus und erhält offensichtlich Instruktionen“, beschreibt die mbt-Mitarbeiterin. „Im Moment lautet die Losung 'Grimmener, bewährt euch!' Die Grimmener wollen keine kleine Saufclique sein, sondern suchen nach Anerkennung als 'gute Nationalisten'.“ Ein eigener Raum hätte zur Folge, dass sie sich aufgewertet fühlten.

Stattdessen sei ein langfristiges Konzept gefragt. Ihrer Ansicht nach sollte ein Stadtjugendpfleger die Jugendarbeit in Grimmen koordinieren, die bisher eher durch Konkurrenz unter unterschiedlichen Trägern als durch ein Miteinander geprägt sei. „Es gibt viele einzelne, die sich intensiv engagieren. Das Bestehende muss professionalisiert und ausgeweitet werden. Die Leute, die sich da abrackern, brauchen Unterstützung.“ Das Angebot müsse attraktiver werden.

Wichtig sei ein klares Signal, dass rechtsgerichtete Aktivitäten nicht toleriert würden. Noch gebe es in Grimmen kein größeres Problem mit Rechtsextremismus als in anderen Kleinstädten, das Potential sei überall ähnlich. Ein „Kuschelkurs“, so Elisabeth Siebert, bewirke jedoch, „dass sich Grimmen ein Riesenproblem züchtet“.

Kein Geld für Stadtjugendpfleger

Grimmen Über die zahlenmäßige Größe der rechten Szene in Grimmen will Bürgermeister Benno Rüster keine Mutmaßungen anstellen. „Bei deren Treffen sind zwischen 40 und 50 Jugendliche, sogar 13-Jährige. Aber es ist schwer zu sagen, wer da rechtsradikal ist.“ Er unterteilt Neonazis in zwei Kategorien: in „Krawattenträger“, die ins Parlament einziehen und rechte Politik machen wollen. Und in solche, „die auf dem Parkplatz stehen und rechte Parolen grölen“. Grimmen werde vor allem von Letzteren heimgesucht. „Die Szene scheint mir hier besonders lautstark und wenig politisch tätig zu sein.“

Wenn er ihnen einen eigenen Raum anbietet, betrachtet er das als Geschäft. Als Gegenleistung will er künftig keine Randalen und keine Saufereien auf dem Parkplatz mehr sehen. Sollte das nicht funktionieren, gebe es auch kein eigenes Quartier. Es sei ohnehin schwierig, gegen den Widerstand in der Umgebung Räumlichkeiten anzumieten. Der Grimmener Polizeichef habe ihm deshalb den Stadtrand nahegelegt. Von einem vergleichbaren Projekt in Ribnitz-Damgarten habe er gehört. Er wisse aber auch, dass ein solcher Raum für die rechte Szene auf Rügen wieder geschlossen werden musste, „weil die Polizei da oft reingehen musste“.

Als es im vergangenen Jahr in Grimmen zu Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Wolga-Deutschen kam, habe er das mobile Beratungsteam für demokratische Kultur (mbt) aus Rostock um Rat gebeten. „Die waren vier Wochen hier und haben alle Beteiligten befragt.“ Die Analyse sei den Befragten anschließend zur Verfügung gestellt worden, „sie ist kein Geheimnis“. Die vom mbt empfohlene Einstellung eines Stadtjugendpflegers stehe jedoch dem Sparkurs entgegen, der in den vergangenen

Jahren in der Stadtverwaltung eingeschlagen werden musste. „Das ist eine Haushaltsfrage. Wir haben in den letzten drei Jahren 15 Prozent des Personals entlassen.“

Er ist der Ansicht, dass bei der Arbeit mit dem Nachwuchs „bunte Leute“ gefragt seien. „Manche Leute hat das Leben zu guten Sozialarbeitern gemacht, diese Arbeit kann nicht jeder machen. Wir brauchen Szenetypen.“ Vorerst will er einen Feuerwehrmann ins Rennen schicken.

Von der Grimmener rechten Szene sagt Rüster: „Das sind nicht alle Nazis, da sind auch Schläger dabei. Eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Kern kann man mühelos bestehen.“ Dazu sei neben einem eigenen Raum auch geeignetes Personal nötig. Unsicher sei, ob die Stadtvertretung die Ausgaben für den Raum bewillige. Der Bürgermeister rechnet das Geld gegen den Schaden auf, den randalierende Jugendliche anrichten.

Das mobile Beratungsteam hatte darüber hinaus ein fehlendes Gesamtkonzept für die Jugendarbeit in der Kreisstadt angemahnt. Der Bürgermeister hält dieser Kritik unter anderem die etwa einmal im Monat im „Treffpunkt Europas“ stattfindende Disko entgegen, zu der anfangs nur 120 Leute gekommen seien, inzwischen aber mehr als 400. Durch den Einsatz von Sicherheitskräften und verbesserte Technik sei sie attraktiver geworden. Er ist aber der Ansicht, „das läuft nicht nur über das Jugendangebot. Die Gesellschaft bietet den Jugendlichen keine Alternative“. Die junge Generation sei „verbrannt. Sie hören seit der Wende 'es wird besser'. Aber nichts wird besser“.

Forderung: Analyse öffentlich vorstellen

Grimmen Die Meinung schien einhellig zu sein: Für die Grimmener rechte Szene soll es keinen eigenen Raum geben. Die Teilnehmer der Gesprächsrunde mit Mitgliedern der PDS-Landtagsfraktion vom Donnerstagabend wollen Bürgermeister Benno Rüter stattdessen Alternativen präsentieren, bei denen sie das Geld besser angelegt sehen. Außerdem forderten sie, dass die Analyse des **mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur** über Rechtsextremismus in Grimmen allen Einwohnern öffentlich vorgestellt werde. Wie OZ am Mittwoch berichtete, liegt die Analyse, die auch Vorschläge zur Verbesserung der Jugendarbeit enthält, dem Bürgermeister bereits seit einem Jahr vor.

Mehr als zwei Stunden diskutierte die Runde, teilweise sehr emotional. Wolfgang Dietrich, Mitglied des Landesvorstands, war für den ursprünglich angekündigten Landesvorsitzenden Peter Ritter als Gastredner eingesprungen. Er beschrieb die Entwicklung der rechtsextremen Szene, „die seit einigen Jahren vorhersehbar war und von den politischen Akteuren verdrängt worden ist“. So sei es gang und gäbe, deren Gefahr an der Zahl ihrer Straftaten festzumachen, obwohl sie darauf geschult würden, keine Gewalttaten zu begehen, „um in der bürgerlichen Mitte Fuß fassen zu können“.

Anders als noch Anfang der 90er-Jahre träten sie nicht mehr in Springerstiefeln, Bomberjacke und Glatze auf, sondern versuchten, mit auf den ersten Blick unverfänglichen Aktivitäten ihre Ideologie in andere Köpfe zu tröpfeln. Beispielsweise über den „Heimatbund Pommern“. „Die organisieren Fahrradtouren oder Müllsammlungen, Mädchen-Laienspielgruppen treten bei Dorffesten auf. Das alles ist doch erstmal recht zivil – und hat Erfolg, denn den netten Jungs und Mädels möchte niemand was tun“, so Dietrich.

Ein genauer Blick in die Jugendzeitung „Stimme der Heimat“ zeige aber, dass dort unter anderem propagiert werde: Nicht

Alexander Graham Bell sei Erfinder des Telefons, sondern Philipp Reis – ein Deutscher. Welche Bedeutung hinter solchen Aussagen liegt, müssten Eltern ihren Kindern immer wieder klar machen, forderte ein Gesprächsteilnehmer aus Prohn. „Die ältere Generation sollte sich verantwortlich dafür fühlen, dass Argumente der Rechten nicht unwidersprochen bleiben.“ Manchmal blitzen sie nur in unbedachten Äußerungen auf oder in scheinbar einfachen Liedern.

Einen zunehmenden „Alltagsfaschismus“ beklagte auch der Senior Wolfgang Pawelzig. „Nazis sind dort am stärksten, wo das Wissen um die Problematik am geringsten ist.“ An die Adresse des – nicht anwesenden – Bürgermeisters richtete er die Kritik: „Wenn man einen Neonazi nachts um 12 trifft, der mit gestrecktem Arm grüßt, braucht man nicht zu versuchen, ihn zu einem besseren Menschen zu machen, sondern sollte sofort die Polizei rufen.“

Der Polizei sei „nicht geläufig, was in Grimmen passiert“, erklärte eine Mutter, „dass unsere Kinder von einem Ortsschild zum anderen gejagt und zusammen geschlagen werden“. So jedenfalls habe sie die Äußerungen des Grimmener Polizeichefs Frank Piotrowski bei der Veranstaltung in den Räumen der AWO vergangene Woche aufgefasst.

Als „riesiges Problem“ bezeichnete ein Jugendlicher, dass Schüler erst in der 9. oder 10. Klasse über den Nationalsozialismus aufgeklärt würden, das Material rechtsgesinnter Gruppen sich aber bereits an 11-Jährige richtete. Bildung müsse auch außerhalb der Schulen stattfinden.

Die PDS-Landtagsabgeordnete Barbara Borhardt, die die Veranstaltung moderierte, regte an, Zeitzeugen zu befragen. „Lange werden wir sie nicht mehr haben.“ Was sonst alles zu tun sei, will eine kleine Runde am Montag beraten und Benno Rüter am kommenden Donnerstag um 18 Uhr unterbreiten.

Stadt will offen sein für alle Jugendlichen

Um die Spannung aus der Jugendszene zu nehmen, wird in Grimmen derzeit einiges unternommen. OZ erkundigte sich bei der Stadt.

Grimmen „Wir wollen in Grimmen keine Jugendrichtung bevorzugen und auch keine benachteiligen.“ Uta Zoth aus dem städtischen Sozialamt sagt das sehr bestimmt und spricht damit ein Problem an, das viele Grimmener beschäftigt: Rechtsorientierte Jugendliche sollen in der Kreisstadt einen eigenen Raum erhalten.

Diese Idee sei entstanden, begründet die Verwaltungsmitarbeiterin, um Ruhe in den städtischen Club '96 zu bekommen, in dem die Rechtsorientierten zunehmend aufgefallen waren. Andere Jugendliche fühlten sich dadurch verprellt. „In vielen Städten wurden mit solchen Maßnahmen gute Erfahrungen gemacht“, meint Uta Zoth. Davon wolle man lernen und so die Spannung aus der Grimmener Jugendszene rausnehmen.

Der Vergleich mit anderen Kommunen scheint durchaus berechtigt, denn diese Probleme, die hier mit Jugendlichen auftreten sind üblich, berichtet Heike Habeck vom **Mobilien Beratungsteam**, das im Auftrag der Stadt auch eine Analyse der Situation in Grimmen vornahm. Das Ergebnis wurde übrigens schon vor Monaten an alle Befragten gesandt, auch der PDS-Kreisverband und die SPD-Ortsgruppe, die sich jetzt gegen die städtischen Maßnahmen wenden, gehören dazu. Aktiv geworden sei aber lediglich die Stadt. Offen für alle Jugendlichen will man im Rathaus sein und so die Chance nutzen, die Jungen und Mädchen, die noch nicht zum harten Kern der „Rechten“ gehören, wieder herauszulösen. „Auch so soll das vernünftige

Miteinander im Jugendhaus wieder hergestellt werden“, hofft Uta Zoth.

Und ihrer Meinung nach scheint die Stadt damit auf dem richtigen Weg zu sein. Denn gegenwärtig habe sich die Situation im Club '96 beruhigt. Hier wirken sich auch die Schulungen, die das dortige Personal regelmäßig erhalte, positiv aus. Die Festangestellte, die Ein-Euro-Jobber und die ABM-Kräfte erhalten diese Schulungen durch das Mobile Beratungsteam und erfahren so zum Beispiel, woran sie erkennen, wer „rechtsgesinnt“ ist, welche Symbole was bedeuten. „So können unsere Mitarbeiter mit den betreffenden Jugendlichen besser ins Gespräch kommen, manche sogar erst einmal darauf hinweisen, welche Symbole sie auf Jacken und Shirts tragen“, erklärt die Sozialamtsmitarbeiterin.

Manche Jugendliche seien in dieser Hinsicht sehr naiv. Neben den Kontakten zum Beratungsteam macht sich Stadtpräsident Harry Glawe gegenwärtig stark, die Stadt in ein bundesweites Förderprogramm gegen Rechts zu bekommen. Die Aussichten scheinen gut. Außerdem nimmt die Verwaltung Kontakt zum Ribnitzer Stadtjugendpfleger auf, um von dortigen Erfahrungen zu lernen. In Ribnitz-Damgarten wurde rechten Jugendlichen ein eigener Raum eingerichtet. Donnerstag um 18 Uhr hat die Stadt übrigens u. a. die Unterzeichner des offenen Briefes in den Rathaussaal gebeten, um gemeinsam das weitere Vorgehen zu beraten.

Initiative stellte Forderungen

Die Teilnehmer des Gesprächs mit dem Bürgermeister riefen am Donnerstagabend einen „Runden Tisch für Demokratie und Toleranz“ ins Leben, der sich gegen rechtsextremes Gedankengut wendet.

Grimmen Stadtpräsident Harry Glawe und Bürgermeister Benno Rüter sahen sich etwa 50 erwartungsvollen Gesichtern gegenüber, als es im Rathaussaal um das Problem ging, das eine Etage tiefer vor den Toren des Rathauses wieder einmal offensichtlich wurde. Die Mitglieder der Grimmener rechten Szene waren von der Veranstaltung ausgesperrt. Möglicherweise auch, um zu verhindern, dass es zu ähnlichen Einschüchterungsversuchen kommt wie in der Diskussionsrunde, zu der die PDS eine Woche zuvor eingeladen hatte. „Man war bemüht, eine Bedrohung auszustrahlen, alle Diskussionsteilnehmer wurden fotografiert“, sagte Christiane Latendorf, Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion. „Seitdem sehe ich mich darin bestätigt, dass man in Grimmen nicht nur von einer ‚rechtsorientierten Gruppierung‘ sprechen kann.“

Die Liste der Forderungen, die die Initiative gegen Rechtsextremismus an Benno Rüter stellte, war lang. Insbesondere wehrt sie sich dagegen, dass mit öffentlichen Geldern ein Raum für Neonazis finanziert werden soll. Sie fordern die Einstellung eines „kompetenten und qualifizierten“ Stadtjugendpflegers sowie

die Veröffentlichung der Studie des „mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur“. Rüter betonte nochmals, dass er diese Studie an alle Befragten geschickt, sie also nicht unter Verschluss gehalten habe. Er gestand jedoch ein, dass er aus Angst vor Imageschäden für die Stadt kein Interesse daran gehabt habe, die Problematik an die Öffentlichkeit zu bringen. Ein Bürger merkte an, dass er zumindest von den für die Studie Befragten eine Rückmeldung hätte einfordern können.

Der Forderungskatalog der Initiative gegen Rechts verlangt außerdem, dass künftig alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um rechtsextreme Aufmärsche zu verhindern. Er enthält auch ein paar konkrete Vorschläge. So soll eine Veranstaltung, die sich vor allem an Eltern und Lehrer richtet, über rechte Symbolik und Musik informieren. Wie weitere Aktionen aussehen könnten, will der „Runde Tisch für Demokratie und Toleranz“ beraten, den die Gesprächsteilnehmer initiierten und der sich schon bald konstituieren soll. Den Vorsitz soll Rüter innehaben.

Ostsee Zeitung Ribnitz-Damgarten, Mittwoch, 11. Mai 2005 | Titelseite

Diskussion über Rechtsextremismus

Ribnitz-Damgarten Die Junge Union Nordvorpommern trifft sich morgen, 12. Mai, zu ihrem nächsten Stammtisch im Ribnitzer Sportpalast. Veranstaltungsbeginn ist um 20 Uhr. In einer Presseinformation heißt es: „Die rechtsextremistischen Vorfälle in Grimmen und die sehr kontrovers geführte Diskussion über die Einrichtung eines Jugendtreffs für rechtsorientierte Jugendliche geben Anlass,

offen über die Situation in unserem Landkreis zu diskutieren.“ Als Gäste werden der Leiter des Mobilen Einsatzkommandos Extremismus (MAEX) und ein Vertreter des Mobilen Beratungsteams der Evangelischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern erwartet. Zum Stammtisch sind alle interessierten Bürger eingeladen, heißt es abschließend in der Pressemitteilung.

Kochbuch für Projektarbeit

Ein Handbuch für die Umsetzung von Projekten wurde gestern in der Regionalen Schule in Ribnitz öffentlich vorgestellt.

Ribnitz-Damgarten Ein Jahr Arbeit haben die beiden Mitarbeiterinnen des **Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur (mbt)** gemeinsam mit Rolf Feige von der Civitas-Netzwerkstelle Nordvorpommern aufgewandt, um das Projekthandbuch zu erstellen. Erscheinen wird es in einer Auflage von 5000 Stück, es ist dafür gedacht, Lehrern und Jugendeinrichtungen die Arbeit bei Projekten zu erleichtern und ihnen einen Organisationsrahmen zu geben. Angesprochen werden sollen alle Schultypen, obgleich man ein Mindestalter vorausgesetzt hat. Zu der Präsentation waren auch der Referent im Bildungsministerium, Klaus Siml, und der Schulrat im Schulamt Greifswald, Dittmar Alexander, gekommen. Beide begrüßten die Broschüren. Alexander wies allerdings darauf hin, dass sich das Mobile Beratungsteam und die Netzwerkstelle mit einer besonderen Sorgfalt der Verteilung des Handbuches in den Schulen widmen müsse, weil es dort täglich eine Papier- und Bücherflut gebe.

Elisabeth Siebert machte deutlich, dass man einen Bedarf für ein solches Projekthandbuch sehe. Vielfach sei es jedoch nicht einfach, mit den Vertretern der Schulen ins Gespräch zu kommen, sie würden im Projekt oftmals

lediglich die Zusatzarbeit sehen, die sie zu leisten hätten. Rolf Feige fügte gleichfalls hinzu, dass die Lehrer oft auf Zeitprobleme verwiesen.

Feige machte auch deutlich, dass die Broschüre auf methodische oder didaktische Erläuterungen verzichte. Das Buch sei nach der Machart eines Kochbuches entstanden, in dem allein die Zutaten angegeben würden. Zudem habe man für die Lehrer und für jugendliche Verantwortliche in Vereinen auch Kontaktadressen von Profis angegeben, die in bestimmten Fällen helfen könnten, wenn es um die Umsetzung von Projekten geht.

Für die Vorstellung der Broschüre habe man sich die Regionale Schule in Ribnitz ausgesucht, so Feige, weil man mit ihr und ihrer Leiterin, Christina Rebbin, eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit pflege, sagte Feige. Frau Rebbin begrüßt gleichfalls die Arbeit von Netzwerkstelle und Beratungsteam. Die Schulsozialarbeit sei ein Baustein des Schulprofils, mit dem Handbuch werde die Arbeit daran erleichtert. Nach der gestrigen Vorstellung wird das Handbuch an den Schulen des Landes verteilt werden, es soll auch im Jugendhilfeausschuss der Kreises Nordvorpommern vorgestellt werden.

Ostsee Zeitung, Wochenendausgabe, 09. April 2005 | Titelseite

Handbuch mit Zielsetzung

Es ist eine Fachbroschüre für Fachleute. Aber dass es sie gibt, offenbart auch ein Problem: Das **Mobile Beratungsteam** und die Civitas-Netzwerkstelle arbeiten für eine starke Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Das ist ein Bereich, für den vielen Lehrern oftmals keine Zeit bleibt. Mit dem Büchlein kann ihnen neben ihren Aufgaben die Arbeit an Projekten, bei denen beispielsweise gesellschaftlich wichtige Themen aufgearbeitet werden, erleichtert werden, weil ein großer Teil der Vorarbeit entfallen kann. Und nicht nur das: Die Broschüre ist auch etwas für Schüler, die selbst ihre Projektgruppe auf die Beine stellen wollen. In einem Bereich, in dem weniger pädagogisches Fachwissen vorhanden ist – dazu zählen zu einem Teil die Vereine – kann die Vorarbeit von Netzwerkstelle und Mobilem Beratungsteam eine gute Grundlage für die Projektarbeit sein.

I parteigebundener rechtsextremismus

Die NPD verfügt sowohl in Wismar als auch im Landkreis über keine festen Strukturen. Allerdings berichten immer wieder LehrerInnen, Eltern und SozialarbeiterInnen, dass an den Schulen und Berufsschulen Propagandamaterial der NPD auftaucht und einige SchülerInnen durchaus an rechtsextremistischen Agitationsschulungen teilgenommen haben müssen. Im Vergleich zur Europawahl 1999 konnte die NPD bei der Europawahl im Jahr 2004 die gewonnenen Stimmen in Wismar und im Landkreis verdoppeln.

II nichtparteigebundener, organisierter rechtsextremismus

Seit langem steht der Ort **Jamel** (Gemeinde Gägelow) im Blickpunkt polizeilichen und öffentlichen Interesses. Der durch Wehrsportübungen und rechtsextremistische Aktivitäten bekannt gewordene **Sven Krüger** und seine Familie terrorisieren durch ihre Militanz die Einheimischen und Zuzugswilligen. Auch wenn es im Augenblick etwas ruhiger geworden zu sein scheint, versucht der mehrfach verurteilte *Krüger* durch eigene Hauskäufe sich und seinen aus dem Hammerskinmilieu stammenden Gesinnungsfreunden aus ganz Norddeutschland eine Aktionsbasis zu schaffen. Welche Rolle er in diesem Netzwerk selber spielt, und aus welchen Mitteln er seine Bau- und Kaufaktionen in Jameln finanziert, bleibt im Dunkeln.



Neben diesem Haus hat S. Krüger inzwischen zwei weitere Gebäude in Jamel erworben.

Im Landkreis Nordwestmecklenburg gibt es vor allem im ländlichen Raum **rechtsextrem orientierte Cliques**, die durch martialisches Aussehen und einschlägige Szenekleidung in der Öffentlichkeit auffallen. Neben Schulen und Berufsschulen sind sie insbesondere in den Sommermonaten an Bushaltestellen, Plätzen und Badestellen anzutreffen. Sie zeichnen sich durch exzessiven Alkoholkonsum, betont männliches Gehabe und zum Teil gewalttätige und beleidigende Provokationen gegenüber anderen Jugendlichen, Urlaubern und MigrantInnen aus.

Auch wenn sie (scheinbar) in keine partei- oder kameradschaftsähnlichen Strukturen eingebunden sind, fällt auf, dass sie sich gegenseitig mobilisieren und teilweise auch auf Demonstrationen mitmarschieren. LehrerInnen, Eltern und SchulsozialarbeiterInnen berichten immer wieder von Provokationen im Unterricht und von Übergriffen auf SchülerInnen, die andere politische Meinungen oder Jugendkulturen repräsentieren. Regionale Schwerpunkte sind Gadebusch und Umgebung, Brüsewitz, die Insel Poel, die Berufsschule Zierow sowie der „Speckgürtel“ von Wismar.

Was die **Gewalttaten** angeht, ist Wismar ein besonderer Schwerpunkt. Hier sind mehrere Cliques aktiv und machen immer wieder durch Körperverletzungen und Bedrohungen auf sich aufmerksam. Über den Organisationsgrad dieser Cliques kann nur spekuliert werden. Welche Rolle in diesem Zusammenhang die im Landkreis und in Wismar ansässigen Szeneläden und Versande spielen, ist ebenfalls unklar. Allerdings scheint der in der Wismarer Neustadt gelegene Szeneladen *0815* mehr als nur ein Modegeschäft zu sein.

Lübecker Nachrichten, 29.01.2004

In Gägelow treffen sich Jugendliche und Erwachsene um Probleme gemeinsam zu lösen

Gägelow - Es ist der alte Konflikt zwischen den Generationen. Gägelows Jugendliche bemängeln, dass die Freizeitmöglichkeiten fehlen und der Jugendtreff zu klein ist. Deshalb treffen sie sich auf der Straße. Viele der Erwachsenen sind hingegen auf die jungen Leute nicht gut zu sprechen: Sie haben genug von Lärm und Vandalismus.

An einem runden Tisch haben sich nun am Dienstag die Betroffenen zusammengefunden, um nach einer Antwort auf die Frage "Wie können wir gut miteinander leben?" zu suchen. Und es gab nicht nur gegenseitige Vorwürfe und emotional geführte Wortgefechte: Gemeinsam wurde eine Perspektive geschaffen, die vielleicht eine Lösung bringen könnte.

Neun Jugendliche waren der Einladung zum offenen Gespräch mit Vertretern der Gemeinde, der Kirche, der Vereine und anderen Gägelower Persönlichkeiten gefolgt. "Ich freue mich, dass ihr so zahlreich erschienen seit. Damit hätten wir nicht gerechnet", begrüßte Karl-Georg Ohse vom **mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur** die Mädchen und Jungen. Zusammen mit seiner Kollegin Cornelia Neumann moderierte er das Treffen und eröffnete zunächst eine Meckerrunde in der jeder aufschreiben konnte, was ihn am meisten stört. Bei der anschließenden Auswertung wurde schnell klar, dass sich die Kritik auf beiden Seiten in wenigen Worten zusammenfassen lässt. Die Jugendlichen fordern einen größeren Jugendclub und mehr Veranstaltungen, vor allem im Rahmen von sportlichen Aktivitäten. Die Erwachsenen klagen darüber, dass es auf dem Spielplatz, dem Marktplatz und rund um den Jugendclub immer wieder zu Lärmbelästigung, Verunreinigung und Zerstörungen kommt.

Nach längerer und größtenteils konstruktiver Debatte über Verantwortung, Toleranz erzielte man auch ein konkretes Ergebnis. Bürgermeister Fritz Kalf ist bereit sich für eine mögliche Verwendung des leerstehenden ÜBBS als Jugendclub einzusetzen. Das hätte genug Räume, so dass sich die drei unterschiedlichen Gägelower Jugendgruppen auch getrennt voneinander treffen könnten.

"Außerdem ist es sehr gut ausgestattet", erklärte Kalf. Ob die Jugendlichen zunächst mal auf Probe einziehen dürfen, muss am Ende allerdings die Gemeindevertretung entscheiden. Doch der Bürgermeister ist bereit sich auf der nächsten Gemeindevertreterversammlung am 10. Februar dafür einzusetzen, wenn er bis dahin eine Rückmeldung von den Jugendlichen bekommt.

"Die Räume liegen in einem dicht besiedelten Gebiet und wir sind auch nicht in der Lage mehr Betreuer zu bezahlen. Seit ihr also bereit und in der Lage Verantwortung zu übernehmen und euch selber zu betreuen? Sprecht mit den anderen und gebt mir in den nächsten zwei Wochen eine Rückmeldung", forderte der Bürgermeister. Die leitende Verwaltungsbeamte Caren Schmidt will sich währenddessen um die Möglichkeiten einer Nutzung der Sporthalle durch die Jugendlichen kümmern. Die hatten die Chance gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Nun können sie zeigen, ob sie in der Lage sind diese zu tragen.

Bald steht in der Gemeinde der Frühjahrsputz an, der Bürgermeister wird dabei sein. Und die Jugendlichen? Sie haben nach Ansicht der Organisatoren auch hier die Möglichkeit, zu beweisen, dass auch sie gewillt sind auf die Gemeinde zuzugehen.

Swe

Mobile Beratungsteams ziehen Bilanz

Schwerin (epd) Eine offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in M-V haben die vier **Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur** im Land gefordert. Aus Angst vor Ausgrenzung und negativer Presse sei das Thema in vielen Kommunen noch mit Tabus behaftet, sagte Michael Thoß von der Neubrandenburger Einrichtung. Hinzu komme die Angst vor rechtsradikalen Reaktionen. Von diesem Schweigen profitierten die Extremisten.

Der Rechtsextremismus habe seine Strukturen weiter ausgebaut, hieß es in einer Bilanz der dreijährigen Projektarbeit der Teams. Durch die „Strategie der Angepasstheit“, die sich auf das Verteilen von Propagandamaterial oder die Organisation von Infoständen und Demonstrationen konzentriere, herrsche in der Öffentlichkeit der Eindruck von Harmlosigkeit vor. Aktuelle Themen wie Hartz IV oder der

EU-Beitritt der Türkei würden aufgegriffen, um Sozialneid zu schüren, gesellschaftliche Gruppen auszugrenzen.

Die Beratungsteams in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Greifswald arbeiten seit drei Jahren und haben elf Mitarbeiter. Wichtig sei eine längerfristige Finanzierung durch Bund und Land, um die Arbeit zu verstetigen, forderte Thoß. In diesem Jahr seien 50 Fortbildungen für Multiplikatoren, 80 zum Teil längerfristige Beratungen vorgenommen worden.

Ziel sei es, in den Regionen Runde Tische für eine demokratische Kultur zu installieren, um über ein gemeinsames Vorgehen gegen den Rechtsextremismus zu beraten, sagte Karl-Georg Ohse vom Schweriner Beratungsteam. Dies sei in der Gemeinde Gägelow (Kreis Nordwestmecklenburg) erfolgreich gelungen.

I parteigebundener rechtsextremismus

Zusammen mit dem Landkreis Ücker-Randow wird Ostvorpommern von Expertinnen und Experten als zweitwichtigste Testregion der **NPD** nach Sachsen eingeschätzt. Verschiedene erfahrene NPD-Funktionäre unterstützen den Kreisverband beim Ausbau seiner Strukturen. Insbesondere der Zuzug des Hamburger NPD-Funktionärs *Michael Andrejewski* im Jahr 2003 stellte eine wichtige Unterstützung für die regionalen Strukturen dar. Bei der Kommunalwahl 2004 erreichte die NPD im Landkreis 4,2% (5458 Stimmen) in der Stadt Anklam sogar 8,0% (1133 Stimmen). Bei der Europawahl 2004 konnte die NPD die gewonnenen Stimmen im Vergleich zur Europawahl im Jahr 1999 mehr als verdreifachen (1999: 0,9%, 429 Stimmen; 2004: 3,4%, 1448 Stimmen). Im Kreistag des Landkreises sind zwei Abgeordnete der NPD (*Andrejewski* und *Mario Kannenberg*) vertreten, in der Stadtvertretung Anklam ein Abgeordneter (*Andrejewski*). In Anklam hätte die NPD sogar zwei Sitze erhalten können, sie war aber nur mit einem Kandidaten angetreten. Die NPD versteht es in hervorragender Weise, den Kreistag und die Stadtvertretung als Bühne zu nutzen. Bereits einige Entscheidungen wurden unter anderem auch mit den Stimmen der NPD gefällt. Im Mai stimmte sogar eine Mehrheit der Stadtvertretung für einen von der NPD eingebrachten Antrag.



Die Situation in der Hansestadt Greifswald unterscheidet sich wesentlich von den sie umgebenden Landkreisen. Nachdem sich in den 90er Jahren eine starke rechtsextreme Szene etablieren konnte, wuchs der Widerstand in der Stadt. Es entstanden verschiedene Strukturen und Netzwerke, die sich gegen die rechtsextreme Szene zur Wehr setzten. Lange Zeit spielte die NPD Greifswald eine wichtige Rolle für die gesamte Region. *Maik Spiegelmacher* baute eine NPD Ortsgruppe auf, die auch enge Kontakte zu den „Freien Kräften“ und zur Greifswalder Burschenschaft *Rugia* (*Stefan Rochow* ist Mitglied der NPD Greifswald und *Fechtwart* der *Rugia*) hatte. Als *Spiegelmacher* eine Haftstrafe antreten mußte, brach der Ortsverband zusammen. Inzwischen hat sich die Greifswalder NPD mit dem Kreisverband OPV zusammengeschlossen. Welche Rolle Greifswald für die rechtsextreme Szene heute spielt, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Seit 2004 ist es sehr ruhig geworden. Experten vermuten, Greifswald dient einigen Führungspersonen als Basis und soll daher eher unauffällig bleiben. Indiz für diese Vermutung ist der kürzliche Umzug von *Lutz Giesen*, einem ehemaligen Aktivisten der Berliner Kameradschaft *Germania*, nach Greifswald.

II nichtparteigebundener, organisierter rechtsextremismus

Die **Kameradschaften** und ähnliche Gruppierungen spielen im Landkreis eine herausragende Rolle. Es existieren gut organisierte Gruppen wie die Kameradschaftsbünde in Anklam und Usedom und eine Reihe kleinerer Strukturen die gemeinsam in der **Pommerschen Aktionsfront (PAF)** organisiert sind. Anfang 2005 benannte sich die **PAF** in **Soziales und Nationales Bündnis Pommern (SNBP)** um. Unter wechselndem Namen treten diese Gruppen zu Demos auf und organisieren Konzerte. Hier wird besonders die jugendliche Subkultur durch Skinheads angesprochen, die dem harten Kern der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind.

Ein weiteres überregionales Projekt ist das **Nationale Wohnprojekt Salchow**. Hier wird zurzeit ein Gutshof mit Wohnungen und Veranstaltungsräumen ausgebaut, für den in der Vergangenheit durch verschiedene Solidaritäts-Aktionen, z.B. zwei Fußballturniere und verschiedene Konzerte, Geld in der rechtsextremen Szene gesammelt wurde. Das Wohnprojekt soll als überregionaler Veranstaltungsort und Fortbildungszentrum der rechtsextremen Szene ausgebaut werden. Das Projekt wird von weiten Teilen der rechtsextremen Szene unterstützt, die Zusammenarbeit von Kameradschaften und der NPD wird an diesem Beispiel besonders deutlich. Am 04.06.2005 fand dort eine große Veranstaltung mit verschiedenen Kameradschaften und Vertretern der NPD aus den ostdeutschen Bundesländern statt.

Der **Heimatbund Pommern (HBP)** bietet vielfältige Freizeitangebote und zielt mit seinem auf den ersten Blick unpolitischen Angebot auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Rechtsextreme Positionen werden am Rande der Veranstaltungen in persönlichen Gesprächen eingeführt. Gerade im ländlichen Raum, wo wenige Angebote existieren, ist die Attraktivität des Heimatbundes enorm groß. Der HBP sucht öffentliche Auftritte und nutzte in der Vergangenheit Dorffeste und andere Veranstaltungen, um zum Beispiel mit seiner traditionellen Tanzgruppe aufzutreten und nebenbei für eine „artgerechte Kultur“ zu werben. Der HBP ist Herausgeber einer eigenen Zeitung, der ca. vierteljährlich erscheinende *Stimme der Heimat*. Für Kinder und Jugendliche wird eine zusätzliche Jugendbeilage produziert. Die Zeitung kann von der Internetseite der HBP heruntergeladen werden, wird aber auch von den Mitgliedern in großem Umfang als Druckversion an die Haushalte verteilt. Für Kinder und Jugendliche gibt es gerade in der Zeit der Sommerferien verschiedene Angebote wie Zeltlager und Wanderungen, die im Internet abgefragt werden können.



Informationsstand des
Heimatbund Pommern
auf dem Greifswalder
Marktplatz

In Wolgast hat der **Nationale Medienverbund (NM)**, Herausgeber einschlägiger Presseerzeugnisse, seinen Sitz. Hier wird unter anderem der **Inselbote** produziert, ein rechtsextremer Rundbrief, der monatlich kostenlos verteilt wird. Die Ansiedlung dieses überregionalen Medienverbunds in Ostvorpommern zeigt die besondere Stellung, die dieser Landkreis mittlerweile für die rechtsextreme Szene einnimmt.



Die Jugendszene im Landkreis ist stark an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Es handelt sich in diesem Landkreis nicht um eine Subkultur, sondern zweifellos um die dominante Jugendkultur. Greifswald verfügt über ein sehr breites Spektrum von Jugendgruppen, darunter auch eine, die sich stark an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Mitarbeiter der Jugendarbeit berichten, dass die Jugendlichen diese Szenetreffpunkte kennen und aufsuchen. Wie weit fremdenfeindliches Gedankengut verbreitet ist, zeigt der Kommentar eines Jugendlichen zu einer neuen Mitarbeiterin eines Jugendprojektes: „Endlich mal eine Betreuerin mit deutschem Namen.“

Ostsee Zeitung, Montag, 20. Juni 2005

Vernissage im Labyrinth

Greifswald Im Zusammenhang mit dem Gedenken des Kriegsendes vor 60 Jahren wird vom 20. bis 24. Juni eine Fotoausstellung der Friedensinitiative Zehlendorf e. V. im Labyrinth, Gorkistraße 1, gezeigt. Sie beschäftigt sich mit diskriminierenden Hass-Schmierereien und deren inhaltlichen Botschaften an Hauswänden. Die Initiatorin der Ausstellung, Irmela Schramm aus Berlin, wird heute und morgen selbst im Labyrinth sein und durch die Ausstellung führen.

Die Mitarbeiter des Labyrinths haben dazu die 9. Schulklassen der Neruda-Schule sowie die 10. Klassen des Ostseegymnasiums der Berufsfachschule Greifswald zu außerschulischen Projekttagen eingeladen. Somit sind die Vormittage weitgehend mit diesen Projektveranstaltungen der Schülergruppen belegt. Man wird sich mit den Gründen von Vorurteilen, Intoleranz und Hass auseinander setzen und mit Wegen zu Toleranz und Demokratie. Bei dieser Auseinandersetzung wird die Entwicklung in

der rechtsextremen, wie linksextremen Szene in M-V eine Rolle spielen. Ermöglicht wurde diese Ausstellung durch die Vermittlung des mbt Regionalbüros in Greifswald (**mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur**), Am Gorzberg Haus 7.

Das mbt Beratungsteam, Irmela Schramm, Ines Jacobs (Lehrerin am Ostseegymnasium), sowie Rainer Laudan (Vorsitzender des Trägervereins des Labyrinth, ISSA e.V.) sind an der inhaltlichen Durchführung der Projekt-tage für die Schülergruppen beteiligt. Natürlich sind auch andere Besucher in der Ausstellung herzlich willkommen.

Die Ausstellung ist zu den Öffnungszeiten des Labyrinths von Montag bis Freitag jeweils von 10 bis 21 Uhr geöffnet. Sie kostet natürlich keinen Eintritt. Finanziell wird man unterstützt vom Bund-Länder-Programm Soziale Stadt sowie aus dem Programm Civitas des BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Courage kann sich vielfach beweisen

Wie couragiert sind wir im Alltag? Und wo fängt Zivilcourage an? An der Ückeritzer Schule war das gestern Unterrichtsthema in der 10 c.

Ückeritz Da wird ein Mitschüler ganz offensichtlich von seinem Mathelehrer gemobbt. Und alle lachen. Und da werden der Neuen in der Klasse die Fahrradreifen zerstoßen. Obwohl alle wissen, wer es war, wird kollektiv geschwiegen. Zwei fiktive Fälle, die gestern in der 10 c der Ückeritzer Ostseeschule durchgespielt wurden. Einmal in der geschilderten Abfolge und dann mit couragiertem Dagegenhalten.

„Zivilcourage bedeutet, dass du eingreifst, auch wenn du nicht verantwortlich bist“, erklärt Stefanie Sarnoch vom **Mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur (mbt)**. Sie ließ die Jugendlichen einmal in die Rolle des Opfers und dann in die Rolle des Täters schlüpfen. Und fragte in beiden Fällen: „Wie fühlst Du Dich?“

Die 10 c war die dritte Schulabgängerklasse, mit der sich Stefanie Sarnoch und ihr Kollege Christian Sell in dieser Woche zum Thema Zivilcourage auseinandersetzten. Die Feststellung, dass in dieser oder jener Situation irgend etwas aus dem Ruder läuft, ist bei vielen ein allzu flüchtiger Gedanke; den Mut zu finden, für seine Überzeugung einzustehen, ist das, was die Greifswalder Sozialarbeiter den Schülern in diesem Projekt bewusst machen wollen.

Dazu gehört auch, die richtigen Mittel zu kennen, etwa Verbündete zu suchen oder Hilfe herbeizutelefonieren. „Mut heißt nicht, sich mutig zu opfern“.

Anlass für dieses Projekt so kurz vor Beginn der schriftlichen Prüfungen war eine Ausstellung, die Schulleiter Peter Biedenweg angeboten bekommen hat. Sie heißt „Hass vernichtet“ und ist das Werk von Irmela Schramm von der Friedensinitiative Zehlendorf e. V. Die Berlinerin hat vor zehn Jahren damit begonnen, rechtsradikale Schmierereien im öffentlichen Raum zu beseitigen. Wo das nicht gelang, hat sie Farbsprays genommen und ihre Version darüber geschrieben. „Hass vernichtet“ oder „Wer schweigt, stimmt zu“ etwa. Irgendwann hat Irmela Schramm angefangen, die Schmierereien zu fotografieren und auszustellen. Das dafür erhaltene Bundesverdienstkreuz hat sie zurück gegeben, als die gleiche Ehre einem ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS zuteil wurde.

Die Ausstellung in der Ückeritzer Aula endet mit dem Paragraphen eins des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Irmela Schramm hat ein Wort und ein Fragezeichen hinzugefügt: „Unantastbar?“
INGRID NADLER

Neues Deutschland, 22.10.04

»Pöbelei... die erste... Action!«

Der Rechtsextremismus im Nordosten Deutschlands gedeiht – wer sieht die Schrift an der Wand?

Von René Heilig

Menetekel - die Schrift an der Wand. Die Bibel berichtet, dass im Festsaal des reichen Königs Belsazar eine Schrift an der Wand erschien. Der König konnte die Worte nicht deuten. »Mene, mene tekel uparsin«. Daniel, der Prophet, übersetzte: »Gezählt, gewogen und aufgeteilt.« Der König hätte die Unheilszeichen der Zeit erkennen sollen, Rettung wäre möglich gewesen. Kindereien aus einem alten Buch?

Diese Woche in Ivenack. Das ist ein Ort nahe der Reuterstadt Stavenhagen, berühmt durch über 1000-jährige Eichen. Im Clubhaus der Landjugend lebt Fröhlichkeit. Junge Leute, vorwiegend Mädchen, alle so um die 15, 16 Jahre, wissen Lernen mit Spaß zu koppeln. Lernen sollen sie für »Juleica«. Jugendleiter-Card soll das heißen, das ist ein Schein, der sie als befähigt ausweist, im Ferienlager, im Sportclub oder sonst wo andere anzuleiten, ihnen, wenn nötig, ein Pflaster aufzukleben oder gesetzlichen Vorschriften zu genügen. Als Referentin ist Stefanie Sarnoch von einem »**Mobilien Beratungsteam für demokratische Kultur**« aus Greifswald angekündigt. Statt einen Vortrag zu halten, baut sie auf der Wiese ein fiktives Barometer zwischen 0 und 100 auf: »Entscheidet euch, wie wichtig euch folgende Sätze sind.« Gleich der erste vertreibt Lachen und Albereien. »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.« Ups! Man gruppiert sich um den Nullpunkt: »Also ne! Wir sind doch keine Nazis...!«, hört man es murmeln. Doch schon beim zweiten Satz, den Stefanie in die Runde ruft, fällt die Entscheidung nicht so eindeutig aus: »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche.« Die Gruppe verteilt sich zwischen 0 und 100. Was Wunder, in der Region rechnet man, wenn man es ehrlich tut, mit 30 Prozent Arbeitslosigkeit.

Stefanie erspart den jungen Leuten nicht einen eigenen Gedanken zum Thema Rechtsextremismus. Auch später nicht, beim Rollenspiel. Die Ausgangssituationen sind realistisch, die jungen Leute haben sie selbst vorgeschlagen. Jeweils drei Lösungsmöglichkeiten sollen die kleinen Teams sich in einer halben Stunde ausdenken. Dann ruft Stefanie: »Pöbelei... die erste... Action!« Eines der Mädchen soll versuchen,

ihre Freunde davon abzubringen, einen völlig harmlosen türkischen Nachbarn zu verprügeln. Maria gibt sich Mühe: »Lass das, das bringt doch nichts, du bekommst Ärger, wenn sie dich erwischen, musst du vielleicht in den Knast...« Die Zuhörer nicken, klatschen. Stimmt, so hätten sie auch versucht, die Aggressionslust von Freunden zu stoppen. Nicht einer in der Runde hat an den »Türken« gedacht, hat gar für ihn Partei ergriffen. Als Stefanie nach dem Warum fragt, herrscht betroffenes Schweigen. Na ja, so ist das eben... Türken oder Punks oder Linke werden eben geprügelt, weil sie... – nein, die Worte »Kanaken« und »Zecken« fallen nicht, aber sie stehen dennoch im Raum.

Die Spiele und Diskussionen gehen bis in den Abend. Keiner fand irgendetwas langweilig oder aufgesetzt. Und Stefanie sagt abschliessend zum Erstaunen des Reporters: »Die Truppe ist taff!« Was meint, die Mädels und Jungs sind interessiert, ehrlich, besser als viele, mit denen es die Beraterin sonst zu tun hat. Stefanie hofft, dass ihre Zuhörer nicht alles, was sie gehört und gelernt haben, für sich behalten. Doch sie weiß auch, dass es gerade in Mecklenburg-Vorpommern allzu viele Gegenden gibt, wo man genau das tun sollte. Über »national befreite Zonen« redet keiner mehr, das bedeutet nicht, dass es nicht große Gebiete gerade in ländlichen Räumen gibt, die von organisierten Nazi-Horden beherrscht werden. Doch wer will auf Dauer schon immer dieselben Polizeinachrichten lesen?! Illegale Nazi-CD-Sammlung ausgehoben; Asia-Imbiss angezündet; Schüler zusammengeschlagen; Ehrenmal geschändet; Hakenkreuze geschmiert; Asylbewerber schwer verletzt...

Das alles ist im Nordosten Deutschlands so alltäglich, also »normal«, wie das Tragen von CONSDAPLE-T-Shirts, die erst dann so richtig wirken, wenn eine darüber zu tragende Jacke die zwei ersten und zwei letzten Buchstaben verdecken. Outfit gibt es im »Fascho-Konsum«. Davon gibt es ein paar Dutzend in Ostvorpommern. Legal. So legal wie es ist, dass Schüler mit 18er- oder 88er-Shirts in die Schule kommen. Nur wer den ersten und den achten Buchstaben im Alphabet aus- und auffüllt, also »Adolf Hitler« oder »Heil Hitler« auf der Brust spazieren trägt, kann mit Sanktionen rechnen. Muss nicht. Im Internet gibt es eine ziemlich perfekte Beratung und die »Kameradschaften« tun recht viel, um »alles, was Recht(s) ist«, zu verbreiten.

»Was sollen denn die Lehrer da schon tun«, sagt ein Junge aus der Ivenacker Gruppe. Das regeln wir allein.« An seiner Schule gebe es nur Linke. »Da hat kein Nazi eine Chance! Und kein Ausländer!« Was, ein Hörfehler? »Linke« vertreiben Nazis und Ausländer gleichermaßen? Als Antwort kommt ein erstaunter Blick und ein lang gezogenes Mecklenburger »Naaa klooor...« Werte verschwimmen, Grenzen verwischen.

Stefanie Sarnoch sucht das Gespräch gerade mit Lehrern. »Manche haben noch den Mut, das Gespräch auch mit unserem Beratungsteam zu suchen.« Dass in Schulpausen ganz offen die Band »Lanzer« und andere Hass-Sänger, die zum Teil auf dem Index stehen, gehört werden, wollen die meisten Pädagogen dennoch nicht wissen. Oder sie halten das eben für eine vorübergehende Mode, die ein Ende hat. Zunehmend jedoch bekennen Lehrer, dass sie die Auseinandersetzung mit erkennbar rechten Schülern ganz bewusst meiden. Die nämlich sind ihnen in mancher Argumentation oft überlegen. »Kein Wunder«, sagt Stefanie Sarnoch. »Die werden früh fit gemacht.« Die Karriere eines bewussten Nazis beginnt mit 12 oder 13 Jahren.

Die Landesstatistik hat Umwege gefunden, um die Rechtsentwicklung nicht gar zu deutlich zu machen. Und wenn das Landeskriminalamt dennoch höhere Zahlen zu vermelden hat, dann ist das ein »scheinbarer Anstieg«, der einem »neuen Erfassungssystem« geschuldet ist. Nicht erst seitdem die rechtsextremistische NPD in den sächsischen Landtag eingezogen ist, überstreichen Landespolitiker die »Schrift

an der Wand« mit neuer Deckfarbe. Der »Aufstand der Anständigen«, der in Mecklenburg-Vorpommern nie wirklich angekommen war, ist kein Thema mehr. Sogar links außen erzählt man sich inzwischen den bösen »Kein-Witz«: Treffen sich zwei PDS-Großväter beim Kinderfest der NPD... Das in Stralsund jedenfalls hat Jahr um Jahr mehr Zulauf. Musik-Veranstaltungen sind nicht mehr verbotssüchtig organisiert, sondern genehmigt. Auf der Nazi-Angebotsliste stehen auch Nachtangeln und Zeltlager. Oder Fußballturniere. Aus allen Ecken des Landes reisen Mannschaften an. Die Polizei zählt fleißig, kommt auf über 300 Aktive. Die Nazis haben Einfluss, die NPD sitzt seit den letzten Kommunalwahlen in fast allen Lokalparlamenten. Wer sich mit dem Europa-Wahl-Ergebnis von 1,7 Prozent beruhigen will, täuscht sich. Experten gehen derzeit sicher davon aus, dass die NPD ab 2006 im Schweriner Landtag sitzen wird. Falls es ihnen gelingt, »attraktive« Führer zu holen, ist ein zweistelliges Ergebnis nicht ausgeschlossen.

Diese Führer sind keinesfalls mehr mit den »Glatzen« vergangener Jahre zu vergleichen. Wer sich über eine leicht abnehmende Anzahl aktiver Rechtsextremisten freut, freut sich zu früh. Die sind abgetaucht ins Bürgerliche. Sehr geschickt setzen sie sich im Land für die Rechte der Menschen ein. Vermeintliche oder echte. Bürgerinitiativen werden gebildet. Im März überreichte die Initiative »Schöner und sicher wohnen« in Ueckermünde der Stadtverwaltung 2000 Unterschriften gegen ein geplantes Asylbewerberheim. Die Stadtverordneten lehnten das Bürgerbegehren ab, doch manch Abgeordneter fühlte sich dabei unwohl, gefährdet er doch so seine Wiederwahl. Nazis sind in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert, das ist das Hauptproblem, hört man auch im Anklamer Bündnis »Bunt statt braun«. Auch dort gibt es inzwischen eine Initiative »Schöner wohnen«. Ebenso bieten die »bürgerbewegten« Nazis in Wolgast ihren Rat an. Sprüche wie »Hartz IV ist unsozial, unser Kampf ist national« machten bei Protestaktionen die Runde. Ohne Zwischenruf der Umstehenden. Im Gegenteil, beide Hälften der Parole werden abgenickt. Und der »Insel Bote«, ein kostenlos verteiltes Neonazi-Blatt mit einer Auflage von 30000, landet auch nur noch selten im Papierkorb. Wer will, kann wissen, dass der »Bote« von der Pommerschen Aktionsfront kommt.

Wolgasts Bürgermeister Jürgen Kanehl versucht Ross und Reiter zu nennen. Doch wird er zu deutlich, hat er eine Unterlassungsklage am Hals. Die »Panorama«-Sendung, die vor einigen Wochen über das »braune Wolgast« berichtete, ist nicht ins Bewusstsein

gedrungen. Wohl aber erinnerten sich viele sehr gern an die NDR-Sendung »Aktuelle Schaubude«. Die zeigte das schöne Wolgast. Nazis, sagt die nette Frau in der Stadt-Information, schaden dem Tourismus zum Glück nicht wirklich.

Forschen in einem dunklen Kapitel Präventionsrat der Hansestadt ruft Schülerwettbewerb ins Leben

Der Präventionsrat der Hansestadt ruft in diesem Jahr alle Jugendlichen zu einem geschichtlichen Schülerwettbewerb auf.

Sein Motto lautet: Greifswald im Nationalsozialismus.

Greifswald Der kleine Saal im Koeppenhaus füllt sich – bis kein Platz mehr leer bleibt. Ganz junge Gesichter neben betagten Greifswaldern. Dr. Christiane Dembski, Koordinatorin des Präventionsrates der Hansestadt Greifswald, sieht's mit Freuden. Gehört sie doch zur vierköpfigen Initiativgruppe eines Projektes, für das am Donnerstagabend der offizielle Startschuss fiel.

„Greifswald im Nationalsozialismus“ lautet der Titel des Schülerwettstreits, der Jugendliche unserer Stadt, aber auch Lehrer, Eltern, Großeltern, Vertreter von Vereinen und Institutionen, ein ganzes Jahr lang beschäftigen wird. Zumindest ist das erklärtes Ziel der Initiatoren. „Als wir 2002 dazu aufrufen, ein Greifswald-Logo für Demokratie und Toleranz zu entwerfen, fand die Aktion große Resonanz“, so Dr. Dembski, „und immer wieder äußerten Beteiligte ihre Bitte, es möge nicht bei der einmaligen Aktion bleiben. Die Auseinandersetzung mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus bedarf einer Kontinuität.“

Uwe Röser, Lehrer für Geschichte, Deutsch und Philosophie am Humboldtgynasium, Michael Thoß, Koordinator des **Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur**, sowie Marian Kummerow, Student der Erziehungswissenschaften, sahen dies ebenso. Gemeinsam initiieren sie deshalb den Schülerwettbewerb. „Wir sprachen in den zurückliegenden Monaten mit Lehrern, Archivaren, Vertretern von L.I.S.A., Jugendvereinen, Kirchen sowie Ämtern und erarbeiteten ein Konzept“, berichtet Marian Kummerow, Mitglied der PDS-Fraktion der Bürgerschaft. „Und wir rannten mit unserer Idee offene Türen ein“, fügt Christine Dembski hinzu und zeigt sich erfreut, dass sich der Präventionsrat der Hansestadt die Aktion auf

seine Fahnen schreibt. Außerdem erklärte sich Bildungsminister Metelmann bereit, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Aus einer Fülle von Themen wählten die Initiatoren für den Schülerwettbewerb fünf aus: Widerstand, Migration, religiöses Leben, Zwangsarbeit sowie schulisches Leben. Die Jugendlichen sind aufgefordert, in Büchern sowie alten Dokumenten nach historischen Fakten zu forschen. Erste Anregungen hierzu gab Dr. Kyra Inachin vom Historischen Institut bei der Auftaktveranstaltung, als sie etliche Buchtitel vorstellte. Doch es geht um mehr als bloßes Literaturstudium. Vielmehr ist erwünscht, dass die Schüler auch Zeitzeugen befragen, dass sie ihre Rechercheergebnisse einer kritischen Betrachtung unterziehen, dass sie Werte und Normen diskutieren, Schlüsse für eigenes Handeln ziehen. „Bei dieser Sache kann man nicht Bücher abschreiben, sondern muss eigenständig arbeiten“, bemerkt Uwe Röser und hofft, dass am Ende gute Präsentationen entstehen. „Möglicherweise können diese sogar in Buchform veröffentlicht werden“, meint der Geschichtslehrer.

Doch das ist noch Zukunftsmusik. In den nächsten Wochen und Monaten sollen zunächst die Pädagogen befähigt werden, das Projekt mit den Schülern zu gestalten. „Wir wollen ihnen methodisches Know-how an die Hand geben“, so Röser und berichtet, dass dazu Referate, Workshops und andere Angebote stattfinden werden. Die Schüler, so sieht es der Zeitplan vor, werden sich erst mit Beginn des neuen Schuljahres intensiv mit der Thematik befassen. In einem Jahr, zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, sollen die Ergebnisse präsentiert und die Preisträger von einer Jury ermittelt werden.

PETRA HASE

Basis-Arbeit gegen Rechts Berater registrieren wechselnde Kameradschaften in der Szene

Wolgast Als Mahn- und Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bietet der 27. Januar Grund genug zu schauen, wie es um die rechte Gesinnung steht. Parteien wie DVU oder NPD haben in den letzten Jahren einen starken Imageverlust hinnehmen müssen. Jedoch werden die eigentlichen Strukturen, vor allem die geknüpften Kontakte nicht beeinträchtigt. Der Trend geht hin zu Kameradschaften. Ein und dieselbe Gruppe trifft sich unter wechselnden Namen—zum Beispiel vor einem Jahr, um die Plakat-Aktion „Schöner Wohnen“ vorzubereiten. Die hatte das Ziel zu verhindern, dass in Wolgast ein Heim für Asylbewerber entsteht. Anschließend zerstreute sich die Gruppe in alle Winde. Die Kontakte bleiben erhalten.

„Die Gefahr ist da. Nur ist sie in den letzten Jahren subtiler geworden“, sagt Christian Sell, Mitarbeiter des „**Mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur**“. Dieses im Oktober 2001 begonnene Projekt soll in den neuen Bundesländern rechtsgerichteter Gesinnung

entgegentreten. Zusammen mit Stefanie Sarnoch betreut Sell Ost- und Nordvorpommern sowie Rügen. Das Regionalbüro befindet sich in Greifswald. Weitere Beratungsteams sitzen in Waren, Rostock und in Schwerin.

„Stärkung zivilrechtlicher Strukturen“, erklärt Sarnoch, „bedeutet für uns Arbeit an der Basis.“ Sie unterstützen konkret bei lokalen Problemen, wobei der Schwerpunkt auf der Weiterbildung liegt, in Schulen, Jugendclubs oder Bündnissen gegen Rechts. In Zinnowitz findet beispielsweise eine Fortbildung für Schulsozialarbeiter aus der Region statt. An Hand von Musikbeispielen aus der Szene werden Themen des rechten Spektrums aufgegriffen und diskutiert. Den Beratern liegt am Herzen, dass niemand stigmatisiert wird. Gerade unter Jugendlichen sei es schwer, zwischen Überzeugung und Provokation zu unterscheiden. Gerade wurden die Verträge für Sarnoch und Sell um ein Jahr verlängert. Dennoch steht die Finanzierung des Projektes auf Landesebene erneut zur Debatte. S. F.

Gegen braunen Schmutz an der Ostseeküste Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur, Greifswald

Von Simone Rafael

Das **Mobile Beratungsteam für demokratische Kultur** in Greifswald berät gegen Neonazismus in der Ostseebäder-Region.

„Es gibt hier viele Orte, in denen sagen uns Bürgermeister, manche Pfarrer, sogar einige Streetworker zunächst sagen: Nett, dass ihr fragt. Aber wir haben alles im Griff. Wir haben keinen Bedarf, bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus beraten zu werden“, sagt Christian vom „Mobilen Beratungsteam Greifswald“. „Wenn man hier ‚Normalbürger‘ fragt“, ergänzt seine Kollegin Stefanie, „sagen die: die Jungs und Mädels wollen sich doch nur austoben. Sie müssen nur aufpassen, dass sie nicht ins Gefängnis kommen.“

Gruselige Ostseeküste

Wenn die rechtsextremen „Jungs und Mädels“ sich „austoben“ auf der Insel Usedom und an Mecklenburg-Vorpommerns schöner Ostseeküste, dann kleben sie nicht nur rechtsextreme Plakate und Aufkleber, singen "Landser"-Songs am Strand-Lagerfeuer, treffen sich zu Aufmärschen und Demonstrationen, schreiben rechtsextreme Schülerzeitungen, Internetseiten oder die Postille „Der Inselbote“ mit rassistischen, nationalistischen und revisionistischen Hetzparolen voll. Wenn sie sich richtig „austoben“, gehen sie Asylbewerber aufschlagen oder alternative Jugendliche. Im schlimmsten Fall traten sie einen Obdachlosen tot, weil sie fanden: „Asoziale Landstreicher passen nicht in die Gesellschaft“ (passiert im Juli 2000 in der als ‚Kaiserbad‘ berühmten Touristenhochburg Ahlbeck).

Kaum ein Problem - wenn die Opfer nicht Touristen sind

Zu viel davon ist für zu viele Menschen an der Küste Mecklenburg-Vorpommerns kein (bewusstes) Problem. Oft muss erst ein Image-Schaden drohen, weil Touristen angegriffen werden, oder tatsächlich ein Mord geschehen, bevor Orte sich dem Problem Rechtsextremismus aktiv stellen.

Wichtig: Ideen und Durchsetzungsvermögen

Stefanie und Christian allerdings wollen daran grundlegend etwas ändern. Die beiden bilden das

„Mobile Beratungsteam für demokratische Kultur“ (kurz „mbt“) in Greifswald. Insgesamt gibt es drei dieser Teams in Mecklenburg-Vorpommern unter der Trägerschaft der RAA Mecklenburg-Vorpommern (Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit), ein weiteres Team ist bei der Evangelischen Akademie angesiedelt.

Mobile Beratungsteams haben die Aufgabe, den Kampf gegen Rechtsextremismus effektiver und professioneller zu machen. Praktisch heißt das für die Politikwissenschaftlerin und den Sozialpädagogen: Engagierte Menschen zusammenführen. Gute Projekt-Ideen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in die Jugendclubs und Schulen tragen. Fortbildungen für Lehrer und Sozialarbeiterinnen anbieten, damit sie den oft verschleiert auftretenden Neonazismus auch erkennen. Und hartnäckig bleiben bei Entscheidungsträgern, die immer noch kein Problem darin sehen, wenn Rechtsextreme mit rassistischen Graffiti Angstzonen markieren für Menschen, die anders sind.

Miefige Landluft

„In Greifswald selbst“, sagt Stephanie, „ist die Projektlandschaft gut. Es gibt einen Präventionsrat, Netzwerkstrukturen, ein liberaleres Klima schon durch die Universität.“ Die Probleme liegen im ländlichen Bereich, wo die Jugendclubs oft von ABM-Kräften ohne pädagogische Ausbildung oder feste Arbeitsverträge betreut werden - nicht gerade optimale Voraussetzungen für die schwierige Arbeit mit rechtsextremen, hochproblematischen Jugendlichen. Dort, wo „alles im Griff haben“ heißt, dass wenigstens nicht ständig Gewalttaten passieren. Wo große Teile der Dorfbewohner selbst rassistische Ressentiments, etwa gegen die polnischen Nachbarn, pflegen.

Über Postschließungen gegen Migranten

„Außerdem treten die Rechtsextremen hier geschickt als ‚Beschützer des kleinen Mannes‘ auf“, sagt Stefanie. „Wenn eine Postfiliale geschlossen wird, wenn Schulklassen zusammengelegt werden sollen, sind die da, kleben Plakate, äußern die Proteste, die sie am Stammtisch hören“, ergänzt Christian. Auch Kinderfeste und Fussballturniere gehören zu den Aktivitäten, mit denen die Rechten Sympatisanten finden. „Und wenn dann über neue Standorte für Asylbewerberheime diskutiert wird, dominieren die mit ihren rassistischen und menschenverachtenden Argumenten die Diskussion“, sagt er.

Was tun, wenn die Umwelt verschmutzt wird?

Das mbt versucht, dem mit Aufklärungsarbeit und Gegenaktionen entgegenzutreten. Und die Mitarbeiter sind Ansprechpartner für die, die – plötzlich oder nach langer Überlegung – doch empört sind. „Oft wollen Leute wissen, was sie tun können, wenn rechtsextreme Hetzaufkleber in ihrem Viertel auftauchen“, beschreibt Christian einen typischen Anruf, „und dann rufen sie uns wieder an, weil die Behörden trotz Ihrer Beschwerde seit einer Woche nichts getan hat. Und in der nächsten Woche rufen sie deshalb wieder an...“

Immerhin: Es gibt Akteure zu vernetzen

Doch Erfolge gibt es auch. Der örtliche Tourismusverband etwa bezog Stellung zur Wehrmachtsausstellung in Peenemünde und hat Rechtsextremismus inzwischen auch als Problem erkannt. „Außerdem gibt es auch gute Projekte in der Region“, sagt Christian, „und in den Schulen gibt es Lehrerinnen und Lehrer, die etwas tun wollen, aber nicht so recht wissen, wie das geht. Diese Akteure bringen wir zusammen.“ Es ist noch viel zu tun. Stefanie und Christian packen es an.

Die Mobilen Beratungsteams in Mecklenburg-Vorpommern werden finanziert durch das Bundesprogramm "CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern".

I parteigebundener rechtsextremismus

Für die NPD Mecklenburg-Vorpommern scheint Schwerin eine zunehmende strategische Bedeutung aus wahltaktischen Gründen zu gewinnen. So ist die Landeshauptstadt 2005 innerhalb von 8 Wochen zweimal zum Aufmarschplatz der NPD geworden. Allerdings hat die Demonstration im Mai gezeigt, dass die Partei in Schwerin keine Verankerung besitzt. Dennoch gelang es der NPD bei der Europawahl 2004 die von ihr gewonnenen Stimmen sowohl im Landkreis als auch in Schwerin im Vergleich zur Europawahl 1999 jeweils mehr als zu verdoppeln.



Demonstration der NPD gegen die EU-Verfassung am 14.05.2005 in Schwerin.

II nichtorganisierter rechtsextremismus

Das Nichtvorhandensein von NPD-Strukturen im Landkreis Parchim und der Landeshauptstadt Schwerin kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es insbesondere unter Jugendlichen eine Orientierung an rechtsextremen, rassistischen und gewaltakzeptierenden Einstellungen gibt. Diese artikulieren sich zumeist in Schulen und Jugendeinrichtungen und werden auf Partys, Szenetreffpunkten oder auf gemeinsamen 'Auftritten' bei privaten oder öffentlichen Veranstaltungen ausagiert. Regionale Schwerpunkte zeichnen sich in der Region zwischen Neustadt Glewe und Parchim sowie im Sternberger und Goldberg-Plauer Bereich ab.

In Schwerin gibt es nach wie vor das Wohn- und Freizeitprojekt „Goethestrasse“, in dem sich Rechtsextremisten treffen. Daneben gibt es eine, in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Szene, die im Umfeld des Sportclubs Dynamo vermutet wird und in Verbindung mit dem *Eastside*-Store in der Werderstrasse gebracht wird. In den Wohngebieten Großer Dreesch und Lankow agieren einzelne rechtsorientierte Cliquen, die sich insbesondere mit russlanddeutschen Jugendlichen 'bekriegen'.

organisierter rechtsextremismus

Stralsund verfügt über eine überdurchschnittlich große rechtsextreme Szene. Die **NPD** erzielte 2004 bei der Kommunalwahl 3,9 % (2304 Stimmen) und konnte damit ihr Ergebnis aus dem Jahr 1999 (1,5%, 992 Stimmen) mehr als verdoppeln. Bei der zeitgleichen Europawahl konnte sie ihr Ergebnis sogar von 196 auf 670 Stimmen mehr als verdreifachen. Sie ist mit zwei Vertretern (*Dirk Arendt und Bernd Flotow*) im Stadtparlament der Hansestadt vertreten.

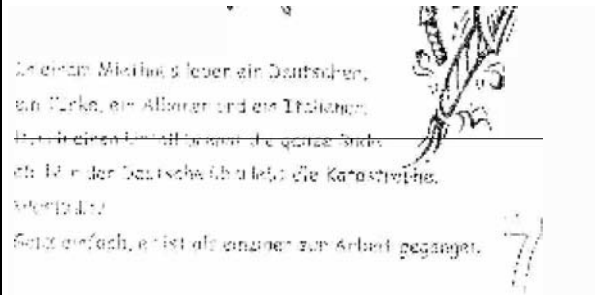
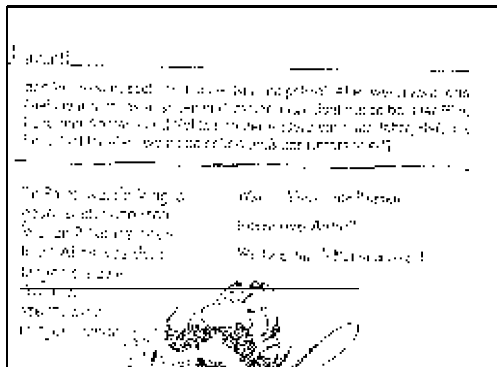
Neben den gut funktionierenden Strukturen der NPD existiert in Stralsund eine starke Kameradschaftsszene. 'Freie Kräfte' und NPD kooperieren eng miteinander und verstärken dadurch gegenseitig ihre Wirkung. Die nach den Landtagswahlen 2004 in Sachsen und Brandenburg durch den NPD Bundesvorstand postulierte Strategie der 'Volksfront von Rechts' wird in Stralsund erfolgreich umgesetzt. Seit September/Oktober 2004 kam es zu einer Reihe gemeinsamer Auftritte und Aktionen. Dabei wurden die örtlichen Gruppen auch durch die **Pommersche Aktionsfront (PAF)**, inzwischen umbenannt in **Soziales und Nationales Bündnis Pommern (SNBP)**, und NPD-Vertreter aus Rostock und Ludwigslust unterstützt.

Eine der erfolgreichsten Aktionen der NPD mit Unterstützung der 'nationalen Opposition' war ein Kinderfest am 29.05.05 mit über 500 Besuchern.



„Kinderfest“ der NPD

Die jahrelangen Querelen zwischen *Arendt* und dem Führer der **Kameradschaft Stralsund** (seit kurzem umbenannt in **Freundeskreis AVANTI**) *Robert Ruprecht* scheinen überwunden. Die ‚Schülerzeitung‘ **AVANTI** wird von beiden Gruppen seit Monaten mit großem Erfolg gemeinsam vor Schulen in Stralsund und dem Landkreis Nordvorpommern verteilt. In Ausweitung dieser Strategie fanden vor kurzem auch gemeinsame Verteilaktionen einer neuen rechtsextremen Zeitschrift, dem **Stralsunder Boten**, vor dem Stralsunder Arbeitsamt und der Volkswerft GmbH Stralsund statt. Die Zeitung ist ein neuer regionaler Ableger des *Insel-Boten* vom Verein *Der Insel Bote - Initiative für Volksaufklärung e.V.*, in dem vor allem gegen „Gastarbeiter“ polemisiert wird.



Auszug aus AVANTI

Von Stralsund aus betreibt *Axel Möller* zusammen mit einer Reihe anderer Rechtsextremisten das **Störtebekernetz**. Diese rechtsextreme Internetplattform gehört bundesweit zu den wichtigsten Informationsknotenpunkten der rechtsextremen Szene. Tagesaktuell werden dort sowohl das politische Weltgeschehen als auch regionale Ereignisse aus rechtsextremer Sicht kommentiert und die Entwicklung der rechtsextremen Szene bewertet und gesteuert. Auch *Möller* kooperiert eng mit der NPD und den 'freien Kräften' in Mecklenburg-Vorpommern. Die Beiträge des *Störtebekernetz* erfüllen regelmäßig die Straftatbestände der Volksverhetzung, der persönlichen Beleidigung oder der Verleumdung. Teilweise veröffentlichen die Autoren der Beiträge sogar Fotos, private Telefonnummern und Adressen von Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und fordern damit direkt oder indirekt zu deren Bedrohung oder Verletzung auf. Trotzdem blieben Strafanzeigen bislang wirkungslos, die Betreiber schützen sich durch die Nutzung eines Providers im Ausland.

Mitte bis Ende der 90er Jahre verfügte Rügen über eine sehr gut strukturierte und aktive rechtsextreme Szene. Besonders Saßnitz bildete lange Zeit einen Schwerpunkt. Diverse Aktivitäten mit strafrechtlicher Relevanz (nicht immer mit rechtsextremem Bezug) führten zur Auflösung dieser sehr offen agierenden Strukturen. Zurzeit verfügt Rügen über eine eher unauffällige Szene, die äußerlich nur schwer zu erkennen ist. Es kommt jedoch immer wieder zu Überfällen auf Ausländer, die auf Rügen leben.

Von einem Teil der Bevölkerung wird Rechtsextremismus kaum wahrgenommen. Wie überall im Land ist Fremdenfeindlichkeit weit verbreitet. Im allgemeinen wird Rechtsextremismus als ein Jugendphänomen angesehen, das sich „verwächst“. Auf Rügen und in Stralsund sind relativ große Jugendszenen zu beobachten, die sich in Kleidung und Verhaltensmustern an rechtsextremen Szenenormen orientieren. Die Jugendlichen kennen sich in der Regel mit rechtsextremer Musik und den Symbolen der Szene gut aus.

Ostsee Zeitung 19.04.05;

Bei Hass hört die Toleranz auf

Bergen „Warten, bis andere tätig werden, kommt für mich einfach nicht in Frage.“ Irmela Schramm wartet nicht, sie handelt. Ergebnisse ihrer Aktionen sind seit gestern im Nachbarschaftszentrum in Bergen-Rotensee in der Ausstellung „Hass vernichtet“ zu besichtigen. Vor 20 Jahren hat Irmela Schramm angefangen, etwas gegen Hass-Schmierereien beispielsweise mit rassistischen oder rechtsextremen Äußerungen zu unternehmen. „Da hört bei mir die Toleranz auf“, sagt Irmela Schramm. Mit Farbe oder Spachtel rückt sie den Schmierereien zu Leibe, löscht sie aus oder überpinselt sie, nicht ohne diese vorher zu fotografieren. Mittlerweile sind rund 7600 Fotos zu Stande gekommen. 1995 entstand die Idee der Ausstellung. Diese wurde seitdem in etwa 170 Städten deutschlandweit gezeigt. Nicht immer stößt Irmela Schramm mit ihren Aktionen auf Gegenliebe. Oft sieht sie sich Strafanzeigen, Anfeindungen und mittlerweile auch Drohungen gegenüber. Aber in ihren

Augen ist unbestreitbar, dass die Flächen, die sie mitunter selbst mit Farbe versieht, reparabel sind, „eine verletzte Menschenseele hingegen nicht“.

Die Ausstellung soll in erster Linie betroffen machen, erklärt die gebürtige Stuttgarterin, denn Betroffenheit erzeuge die Erkenntnis, dass man handeln muss.

Christian Sell vom „**mobilen beratungsteam für demokratische kultur**“ (mbt), das die Ausstellung nach Bergen geholt hat, unterstreicht das Anliegen. Irmela Schramm zeige, dass es Möglichkeiten gebe, Zivilcourage zu zeigen, mutig gegen Hass vorzugehen. Die Ausrede „wir können ja doch nichts machen“ werde durch das Handeln der Künstlerin widerlegt. Die Ausstellung „Hass vernichten“ ist die erste im Nachbarschaftszentrum, berichtet Leiter Enrico Scharsach. Sie wird von Workshops begleitet.

M. S.



Irmela Schramm demonstriert, wie sie rechten Schmierereien zu Leibe rückt. Ihre Fotos sind im Nachbarschaftszentrum zu besichtigen.

OZ-Foto: M. S.

I parteigebundener rechtsextremismus

Die rechtsextremen Strukturen im Landkreis erstrecken sich fast ausschließlich auf den Bereich der nichtparteigebundenen Szene. Die NPD unterhält keinen eigenständigen Kreisverband. Auf der Internetseite der NPD ist eine organisatorische Verbindung zum Kreisverband Parchim zu erkennen, für beide Verbände wird eine gemeinsame Postfachadresse in Parchim angegeben.

Bei der Europawahl 2004 erreichte die NPD 2,2% der abgegebenen Stimmen, die Stimmzahl hat sich im Vergleich zur Europawahl 1999 von 278 auf 660 mehr als verdoppelt.

II nichtparteigebundener rechtsextremismus

Wichtigste Organisationsstruktur der rechtsextremen Szene im Landkreis Uecker-Randow ist das **Soziale und Nationale Bündnis Pommern (SNBP)**, das bis Ende letzten Jahres unter **Pommersche Aktionsfront (PAF)** auftrat. In diesem Netzwerk sind eine ganze Reihe aktiver Kameradschaften organisiert, zum Beispiel die **Aryan Warriors** und die **National Germanische Bruderschaft (NGB)** aus Ueckermünde, die **Völkische Kampfgemeinschaft** aus Eggesin, der **NSP Torgelow**, das **Freikorps Germania** aus Pasewalk sowie die **Kameradschaft Leopoldshagen**. Die genannten Kameradschaften treten auf Demonstrationen in Erscheinung, als Unterzeichner auf Kransschleifen, als Urheber von Aufrufen und als Kontaktadressen auf der 'Schulhof CD', die im Sommer letzten Jahres erschienen ist.

Neben dem **SNBP** ist der **Heimatbund Pommern (HBP)**, seit 2005 eingetragener Verein, derzeit die am besten organisierte Vereinigung der rechtsextremen Szene im Landkreis. Der **HBP** tritt als Bewahrer regionaler Tradition auf und wendet sich mit seinem Angebot an alle Altersgruppen. Schwerpunktthemen sind die „artgerechte völkische Kultur“, und revisionistische Geschichtsdeutungen. Bereits 2003 trat der **HBP** in Erscheinung, als innerhalb der rechtsextremen Szene gegen die Wehrmachtsausstellung in Peenemünde mobil gemacht wurde. Im April 2005 trat der Heimatbund erstmalig als Anmelder einer Demonstration in Pasewalk auf, an der sich 250 Personen beteiligten. Mit einer eigenen Tanzgruppe findet der Verein sehr positive Resonanz auf Dorf- und Volksfesten sowie in Altenheimen. Den bisher letzten öffentlichen Auftritt hatte die Gruppe auf den Hafentagen in Ueckermünde am 25./26.06.05. Andere Beispiele sind das Erntedankfest in Ducherow, das Volksfest zum 650. Dorfjubiläum in Liepe und die Weihnachtsfeier der Volkssolidarität in Wietstock. Häufig ist den Veranstaltern dabei der eindeutige politische Hintergrund des **HBP** nicht bewußt. Über diese Aktivitäten steigt in der Bevölkerung die Akzeptanz für den rechtsextremen Heimatbund. Der **HBP** ist Herausgeber einer eigenen Zeitung, der ca. vierteljährlich erscheinenden **Stimme der Heimat**. Für Kinder und Jugendliche wird eine zusätzliche Jugendbeilage produziert. Die Zeitung kann von der Internetseite der **HBP** heruntergeladen werden, wird aber auch von den Mitgliedern in großem Umfang als Druckversion an die Haushalte verteilt. Für Kinder und Jugendliche gibt es gerade in der Zeit der Sommerferien verschiedene Angebote wie Zeltlager und Wanderungen, die im Internet abgefragt werden können. Der Sitz und Kontakt des Heimatbundes ist Ueckermünde. Die Aktivitäten erstrecken sich jedoch über die Landkreise OVP und UER hinaus, was auf eine starke Vernetzung und Mobilität verweist.

Ein junges Volk steht auf!

Wir als nationalistische Jugend wollen für uns und kommende Generationen junger Deutscher eine Zukunft! Für diese Zukunft kämpfen wir! Unsere Zeitung „Die Stimme der Heimat“ soll der weltanschaulichen Schulung, sowie der inneren Ausrichtung dienen. Wir wollen einen kleinen Beitrag dazu leisten, der deutschen Jugend unser Deutschland zu zeigen. In jeder Zeitung findet ihr Beiträge zur deutschen Geschichte, Kultur, artgemäßem Brauchtum, sowie einzelne Berichte über unsere Jugendarbeit. Desweiteren behandeln wir regelmäßig, jenseits der Tagespolitik, politische Kernfragen auf der Grundlage unserer nationalistischen Weltanschauung. Wir wenden uns an die deutsche Jugend, sowie Freunde und Unterstützer nationaler Jugendarbeit. Nur die Jugend kann die deutsche Zukunft gestalten. Unterstützt uns durch die Verbreitung unserer Zeitung! Abonniert „Die Stimme der Heimat“! Helft uns im Kampf um die Herzen des Deutschen Volkes! Unterstützt uns durch Geld- und Sachspenden, die direkt in die Jugendarbeit fließen. Ganz besonders freuen wir uns auch über Rat und Tat vollstreuer Deutsche!

**„Die Stimme der Heimat“ abonnieren
und die nationalistische
Jugendbewegung stärken!**

Verteilt durch ...

Heimatbund Pommern

Postfach 11 47 in 17425 Bansin
e Post: info@heimatbundpommern.de
Fernsprecher: 0160 / 6968154

V.i.S.d.P.: R.Kastor Postfach 11 47 in 17425 Bansin

www.heimatbundpommern.de

Heimatbund Pommern

Die deutsche Jugendbewegung stellt sich vor

Wer sind wir?

Was tun wir?

Was wollen wir?



Durch die Herausgabe dieser Broschüre möchten wir das deutsche Volk informieren über unsere Jugendbewegung des Heimatbundes Pommern. Die Arbeit, die wir uns verschrieben haben, soll der deutschen Jugend ein Wegweiser in eine neue Zukunft sein. Darum legt unser Informationsmaterial und kommt alle zu uns ihr deutschen Jungen und Mädchen.

www.heimatbundpommern.de

In Ueckermünde sind die Kameradschaften im Stadtteil Ost sehr präsent, dort haben sie in einem Garagentrakt mehrere Garagen angemietet und diese zu ihrem Treffpunkt gemacht. Der Ort wird von vielen Anwohnern gemieden, das Konzept der national befreiten Zone scheint hier schon ansatzweise zu funktionieren. 2004 gründeten Rechtsextremisten eine **Bürgerinitiative: Schöner und sicherer Wohnen in Ueckermünde**, um den Umzug von Asylbewerbern in die Stadtmitte zu verhindern. Die Initiative, die von Mitgliedern der Kameradschaften getragen wurde, veranstaltete 2004 zwei Demonstrationen in Ueckermünde mit jeweils über 200 Teilnehmern und konnte ca. 2 000 Unterschriften gegen die Ansiedelung eines Asylbewerberheimes sammeln.

Mitglieder der **Kameradschaft Penkun** traten 2004 auf einem Vereinsfest in eigenen T-Shirts auf, an Feiertagen (z.B. dem sogenannten ‚Herrentag‘) wird durch diese Kameradschaft ein stillgelegte NVA-Gelände genutzt, um große Partys zu feiern.

In Strasburg wurde Anfang 2005 der rechtsextremistische **Szeneladen Youngland** eröffnet. Die Jugendszene im Landkreis ist stark an rechtsextremen Szenenormen orientiert. Es handelt sich in diesem Landkreis nicht um eine Subkultur, sondern zweifellos um die dominante Jugendkultur.

Nordkurier-Ueckermünde, 25.09.2004

"Atmosphäre der Einschüchterung"

Garagenkomplex in Ueckermünde-Ost als Treffpunkt rechter Kameradschaften - Analyse vorgestellt

Ueckermünde (wei). Die Hafstadt gehört zu den Zentren rechtsextremer Aktivitäten im Land. Das erklärte Christian Sell vom **Mobilen Beratungsteam des Landes Mecklenburg-Vorpommern** vor Stadtvertretern und Gästen im Ueckermünder Ratssaal. Dies habe eine Kommunalanalyse ergeben. Das Mobile Beratungsteam berät Kommunen, Vereine und andere Einrichtungen zu Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung. Für die Einschätzung der Experten, die manch einem Stadtvertreter zu einseitig und absolut erschien, waren laut Sell nicht nur die beiden Demonstrationen rechter Parteien und Kameradschaften im Sommer ausschlaggebend.

So gelte der Garagenkomplex in Ueckermünde-Ost als Treffpunkt rechter Kameradschaften und sei in der rechten Szene

von überregionaler Bedeutung, erklärte der Extremismus-Experte. Von dort gehe eine Atmosphäre der Einschüchterung aus. Hinzu kommen intensive Propaganda-Aktionen bis hin zur Unterschriftensammlung der Initiative "Schöner und Sicherer Wohnen in Ueckermünde" sowie diverse Fußballturniere. Dass das Asylbewerberheim aus Kostengründen nicht, wie vorgesehen, in die Innenstadt verlegt wird, rechnen sich rechtsextreme Kräfte übrigens als ihren Erfolg an, sagte Christian Sell.

Er empfahl den Stadtvertretern einen offensiven Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen und höhere Transparenz bei politischen Entscheidungen. Alle demokratischen Kräfte der Stadt sollten zusammen wirken.

Ostsee Zeitung-MV, 9.12.04

„Alles nicht so schlimm“

In Ueckermünde wird ein brisanter Report über die lokale Naziszene unter Verschluss gehalten. Die Stadtvertreter lehnen eine Veröffentlichung als Image schädigend ab.

Ueckermünde (OZ) Die Hafenstadt am Stettiner Haff setzt seit der Wende ganz auf Erholung und kämpft um ein gutes Image bei Urlaubern. Dagegen steht, dass sich Ueckermünde mit seinen 11 000 Einwohnern zu einem veritablen Refugium rechtsextremistischer Kameradschaften entfaltet.

Sie nennen sich „Aryan Warriors“ (Arische Krieger), „National-Germanische Bruderschaft“ oder

„Heimatbund Pommern“. Und sie haben hier ein Domizil gefunden, in dem die Toleranzgrenze für

rechte Umtriebe besonders hoch zu liegen scheint, meint Christian Sell vom **Mobilen Beratungsteam für demokratische Kultur** in Greifswald.

Während die „Aryan Warriors“ eher Typen fürs Grobe sind, kommen die Mitglieder der „Bruderschaft“ in karierten Hemden und akkuraten Seitenscheiteln daher. „Die treten auf, wie die netten Jungs von nebenan“, sagt Sell. Ein Kulturkreis, der sich um die Tradition nationaler Geistesgüter kümmert, will der „Heimatbund Pommern“ sein. Sie laden ein zu Sportfesten, Trachtentanz und Elternabenden. Zusätzlich existieren zahlreiche, schwer durchschaubare Subgruppen.

Über ein Jahr hat Sell die Nazi-Szene in Ueckermünde beobachtet und eine 30-seitige Situationsanalyse verfasst. Der Inhalt erschien den Stadtvertretern so brisant, dass sie eine Veröffentlichung schriftlich untersagten – obwohl die Stadt das Dokument in Auftrag gegeben hatte.

In der emotionalen Debatte der Volksvertreter meinte einer, dass das „alles doch nicht so schlimm“ sei, wie dargestellt. „Wer das liest, könnte denken, Ueckermünde ist ausschließlich in der Hand von Rechten. Das ist nicht repräsentativ“, findet auch PDS-Bürgermeisterin Heidi Michaelis.

Ueckermünde hat einen heißen Sommer hinter sich. Im April brachte die aus dem rechten Milieu formierte „Bürgerinitiative schöner und sicherer Wohnen in Ueckermünde“ ein Bürgerbegehren gegen die Verlegung des Heimes für Asylbewerber ins Zentrum der Stadt zustande. 2000 Ueckermünder unterschrieben. Nur wegen eines Formfehlers wurde das Bürgerbegehren vom zuständigen Landkreis Uecker-Randow abgelehnt.

Der alarmierte Krankenhauspfarrer Hans Lücke gründete mit anderen sozial Engagierten das Bündnis „Bürger für Integration, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ (BIRD). Als Reaktion auf das gescheiterte Bürgerbegehren zogen die Rechtsextremisten am 3. Juli erstmals auf die Straße. BIRD rief dagegen zu einem „Fest der Mitmenschlichkeit“ auf. Knapp 120 Einheimische und Gäste feierten auf einem eingezäunten Privatgrundstück direkt an der Demonstrationsstrecke – unter Polizeischutz.

Am nächsten Wochenende konnten 200 „Warriors“ und ihre Gäste in einem Garagenkomplex – eine Art Hauptquartier – völlig ungestört auf ihren dritten Jahrestag anstoßen. Obwohl die ganze Nacht rechter Rock einschlägiger Bands durch die Anlage schallte, schritt die Polizei nicht ein.

„Von dem Garagenkomplex breitet sich ein Klima der Angst über die ganze Stadt aus“, stellt Sell fest. Es sei die Mischung aus Einschüchterung, angestaumtem Nach-Wende-Frust, Gleichgültigkeit, die es den Rechtsextremisten in Ueckermünde so leicht macht, ihre Themen auf die lokalpolitische Agenda zu setzen. „Zu wenig bürgerlich-bunte Gegenwelt gibt es hier“, hat auch Pfarrer Lücke festgestellt. Gewerbetreibende fürchten eingeschlagene Schaufensterscheiben, wenn sie BIRD-Veranstaltungen aushängen würden.

Niemand störte sich deshalb an einem von der „Bruderschaft“ organisierten Fußballturnier mit 17 Mannschaften aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Fürs Siegerfoto posierten die Kicker mit T-Shirts, auf denen das bekannte rechte Credo gegen die Wehrmachtsausstellung prangte: „Opa war in Ordnung“. Den Platz hatte der örtliche Fußball-Bezirksligist SV Einheit vermietet.

Ein stilles Mittel, an die zivilgesellschaftlichen Werte seiner Schüler zu appellieren, fand Schuldirektor Dieter Ewert. Mitte November holte er die Ausstellung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland“ in seine Regionalschule. Mehr als 600 Schüler der Stadt gingen an 131 Todesschicksalen vorüber. „Viele haben begriffen“, glaubt Ewert.

Der SPD-Kreisverband Uecker-Randow hat eine Kommission für basisdemokratische Entwicklung eingesetzt. Kerngebiet, so Sprecher Harald Rinkens, werde Ueckermünde sein. „Hier ist die Situation am Schlimmsten.“ Nach diesem Vorstoß arbeitet PDS-Bürgermeisterin Michaelis im Bündnis BIRD mit, auch wenn sie „mit der Herangehensweise dort“ nicht zufrieden ist.

Wie es in Ueckermünde weitergeht, hängt davon ab, ob es den wenigen Couragierten gelingt, ihre Kräfte zu bündeln. Ausländerbeauftragter Manfred Quägber: „Wir knicken nicht ein, nur weil die Rechten Flagge zeigen.“ Bürgermeisterin Michaelis ist sauer: „Jede Berichterstattung über dieses Thema schadet dem Image der Stadt.“

BENJAMIN FISCHER

NDR, 10.12.2004

Mecklenburg-Vorpommern NDR: Streit um Studie zur Naziszene in Ueckermünde

Ueckermünde (ddp-nrd). In der am Oderhaff liegenden Kleinstadt Ueckermünde gibt es offenbar Streit um eine Studie über die Naziszene in der Kommune. Wie NDR 1 Radio MV am Freitag berichtete, wird das von der Kommune in Auftrag gegebene Papier nach dem Willen der Stadtvertreter nun unter Verschluss gehalten. Sie befürchten einen Imageschaden für die Tourismusregion und weisen die Darstellung als einseitig und überzogen zurück.

Bürgermeisterin Heidi Michaelis (PDS) sagte dem Sender, sie gehe davon aus, dass die Stadt Ueckermünde nicht nur für den Kampf gegen Rechtsextremismus stehe, sondern auch andere Aufgaben habe. Sie nannte die Entwicklung der Wirtschaft und des Tourismus als vorrangige Aufgaben. Das alles werde von den Aussagen in dem Report des **Mobilien**

Beratungsteams für demokratische Kultur (mbt) überschattet. Dem Bericht zufolge will sich jedoch jetzt eine Bürgerinitiative für die Veröffentlichung der Analyse einsetzen.

Die 11 000-Einwohner-Stadt Ueckermünde ist in den letzten Jahren immer wieder mit Aktivitäten verschiedener rechtsextremistischer Kameradschaften in die Schlagzeilen geraten. In der Studie soll laut NDR unter anderem festgestellt worden sein, dass es den Rechtsextremisten mit ihren Initiativen gelungen sei, in die bürgerlichen Gesellschaftsschichten vorzudringen. Der Szene gebe sich «als Wolf im Schafspelz», sagte der Autor der Studie, Christian Sell, dem Sender. Gruppierungen und Aktionen seien von außen nicht mehr als rechtsextrem zu erkennen. Er verwies auf Unterschriftensammlungen und Sportveranstaltungen. [ddp vom 10.12.2004, 17:29]

das mobile beratungsteam für demokratische kultur mecklenburg-
vorpommern ist ein projekt von



**Evangelische Akademie
Mecklenburg-Vorpommern**

RAA

Regionale Arbeitsstellen
für Jugendhilfe, Schule und
interkulturelle Arbeit
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

es wird gefördert durch

CIVITAS
INITIATIV GEGEN RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN



**Sozialministerium
Mecklenburg-Vorpommern**